Januar 2011

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN

metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 63 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 10
Ausblick 2011: das politische Jahr

ARBEIT SEITE 12
Job 2011: Was darf in die Personalakte?

CHANCEN SEITE 26
Wissen 2011: Aufstiegsfortbildung

BEZIRK SEITE 28

Aus dem Inhalt

Aktuell

Das neue Jahr: Die Grünen im Höhenflug, die FDP auf Fünf-Prozent-Niveau – bei sieben Landtagswahlen dürfte es 2011 spannend werden. Was 2011 noch bringt und welche Reformen bevorstehen, steht **auf den Seiten 10 bis 11»**

Arbeit

Personalakte : »Das kommt in die Personalakte« ist – mal als Drohung, mal als Scherz – ein gerne gepflegter Spruch von Chefs. Aber was darf wirklich hinein? Und wann haben Arbeitnehmer das Recht auf Einsicht? **Antworten darauf auf Seite 12 »**

Titelthema

Foto: Panthermedia.net

Die versteckte Gefahr: Der Skandal bei der Dortmunder Recyclingfirma Envio hat schlagartig wieder ins Rampenlicht gerückt, dass in der Arbeitswelt immer noch jede Menge tödlicher Gefahren lauern. In fast allen Branchen wird mit giftigen Chemikalien hantiert, an denen Menschen lebenslang erkranken oder gar sterben und die die Umwelt verseuchen. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Mustafa Çözmez: Er kam mit 17 Jahren aus der Türkei und lernte Schlosser. Heute ist er Betriebs- und Aufsichtsratsmitglied bei Ford. Das Wichtigste für ihn: Mensch bleiben. **Auf Seite 22 »**

Chancen

Qualifikation mit Hand und Fuß: Aufstiegsfortbildungen sind handfeste berufliche Weiterbildungen mit offiziellen Abschlüssen. Auch ohne Abitur kann man zum Beispiel nach einer Berufsausbildung noch Betriebswirt werden. Wie das geht **auf Seite 26 »**

Titelbildgestaltung: Gudrun Wichelhaus

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metall**zeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069–66 93-22 24
Fax: 069–66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151–81 27-0
Fax: 06151–89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800–446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069–66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Leserbriefe und Leser-E-Mails abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metall**zeitung gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an:
metallzeitung@igmetall.de

Leserbriefe

Ganz schön frech

metallzeitung 12/2010,
Nach Heirat Job weg

»Ich muss sagen, dass ich eine ähnliche Erfahrung bei HDW in Kiel gemacht habe. Ich hatte mich dort circa 2006 als Diplom-Ingenieur beworben und wurde auch zum Gespräch eingeladen. Dort wurde mir erklärt, dass es nicht gern gesehen wird, Urlaub oder sonstige Verbindungen in den ›Osten‹ zu haben. In meinem konkreten Fall hieß ›Osten‹ Russland. Mir wurde auch weiter klar gemacht, falls ich jemanden aus dem ehemaligen Ostblock heiraten würde, würde dies meine Entlassung zur Folge haben. Begründet wurde das alles aus den gleichen Gründen wie in Ihrem Artikel. Man ging sogar soweit, es als möglichen Spionageversuch zu werten. Ich fand das schon ganz schön frech und habe dann diese Stelle auch nicht weiter in Betracht gezogen. Wobei ich wohl auch aus Sicht von HDW nicht gerade der ›Wunschkandidat‹ war, da sie sich nicht mehr meldeten.«

Mario Klinger, per E-Mail

Die richtigen Ansprechpartner

metallzeitung 12/2010,
Was bieten und positiv bleiben

»Mit Freude habe ich den Bericht ›Was bieten und positiv bleiben‹ gelesen. Es ist nach wie vor ganz wichtig, mit den Kollegen Kontakt zu halten und zu diskutieren über anstehende Probleme; Integration in den eigenen Reihen muss die Devise heißen. Dazu sind die Kollegen ehemalige Betriebsräte genau die richtigen Ansprechpartner, die ehrenamtlich die Gebote der IG Metall darlegen können. Dies muss flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik erfolgen. Ich würde mich freuen, wenn dies gelingen würde. Abschließend noch ein ›Danke‹ an den Kollegen Franz Schleicher, Achtung und Respekt für seine erfolgreiche Arbeit. Ich wünsche mir viele weitere Menschen, wie den Kollegen Schleicher.«

Wolfgang Sauer, Kelkheim-Fischbach/Taunus

Nicht verbiegen

metallzeitung 12/2010,
Kollege Minister

»Gefallen hat mir der Artikel ›Kollege Minister‹. Dann wollen wir hoffen, dass sich der Kollege auch entsprechend seiner Vita verhält. Koalition hin oder her, verbiegen sollte sich keiner.«

Rolf Niemann, Hürth

Erfolgreich prozessiert dank IG Metall

»Die Mitgliedschaft in der IG Metall bedeutet nicht nur Beitragszahlungen, sondern zum Beispiel auch intensive Betreuung in schlechten Zeiten. Das kann ich aus eigener Erfahrung berichten. Nach langjährigem Prozessieren konnten die Kolleginnen und Kollegen vom DGB-Rechtsschutz eine Rente und eine Anerkennung einer Berufskrankheit durchsetzen.«

Udo Werthmann, Gütersloh

Foto: Kilian Reil

Alter schützt vor Demo nicht
Sich für die Zukunft ihrer Enkel und Urenkel stark machen, dass wollte diese 80-jährige Dame auf der Herbstdemonstration der Gewerkschaften in Nürnberg. Der Name ist der Redaktion leider unbekannt.

FRAGE UND ANTWORT

Nach Eurer Grafik »Bittere Pille für Arbeitnehmer« in der Rubrik »Die Arbeitswelt in Zahlen« (Dezember-Ausgabe) liegen die Beiträge in der Krankenversicherung für Arbeitnehmer 2011 bei 7,9 Prozent. Tatsächlich steigen sie aber auf 8,2 Prozent.
Gerhard Siehler, per E-mail

Antwort der Redaktion:
Stimmt. Uns ist ein Fehler unterlaufen. Die Kosten des Gesundheitssystems sind inzwischen noch ungleicher zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verteilt als in der Grafik beschrieben. Seit Anfang 2011 zahlen Arbeitgeber 7,3 Prozent. Und dabei bleibt es in Zukunft auch. Für Arbeitnehmer klettert der Beitrag in diesem Jahr von 7,9 auf 8,2 Prozent und alle künftigen Kostensteigerungen müssen sie alleine schultern. Die Kassen können Zusatzbeiträge (»Kopfpauschalen«) in unbegrenzter Höhe bei ihnen erheben. Nur wenn die durchschnittliche Pauschale zwei Prozent des beitragspflichtigen Einkommens übersteigt, gibt es ab 2012 einen Ausgleich. Praxisgebühren und Zuzahlungen, etwa zu Pillen und Brillen, tragen Versicherte schon lange allein.

Bauchschmerzen

metallzeitung 12/2010, Kopie vom Perso geht nicht

»Beim Lesen des Artikels habe ich Bauchschmerzen bekommen. Die Zeitarbeitsfirma persona service Halle, für die ich 2009 tätig war, hatte nicht nur meinen Personalausweis, sondern auch die EC-Karte kopiert. Nun bin ich nicht sicher, ob die Kopien noch aufbewahrt werden, oder gar eingescannt auf irgendwelchen PCs gespeichert wurden.«
Detlef Engel, per E-Mail

Zur Tantiemenliste 2008

In der jährlichen Tantiemenliste sehen die Mitglieder, ob Metallerinnen und Metaller ihre Tantiemen aus den Aufsichtsratsfunktionen entsprechend unserer Satzung abgeführt haben. In der aktuellen Liste steht der Metaller Thomas Heinz auf Grund missverständlicher Zuordnungen von Abführungsbeträgen bei »2008 Aufsichtsratsvergütungen nicht, beziehungsweise nicht korrekt, abgeführt«. Im Nachhinein wurde dies geklärt, sodass dem Kollegen für 2008 eine satzungsgemäße Abführung bestätigt werden kann.

Hinweis

Im November berichteten wir, dass Leiharbeitnehmer Anspruch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben. Die gesetzlichen Bestimmungen gelten aber nur dann, wenn ein Tarifvertrag, eine Betriebsvereinbarung oder ein Arbeitsvertrag nichts anderes regeln. Betroffene sollten im Tarif- oder Arbeitsvertrag nachsehen. Bei Fragen helfen Betriebsrat oder IG Metall-Verwaltungsstelle.

GEWONNEN HABEN

November-Rätsel
Lösungswort: Herbstaktionen
Erster Preis: Carolin Lehberger, Riegelsberg
Zweiter Preis: Bernhard Glaubitz, Dresden
Dritter Preis: Melanie Fuhrer, Rottenburg

Für eine erfolgreiche Politik im Jahr 2011

KLARE POSITION

Anfang 2010 steckten wir noch in der Krise, jetzt läuft die Konjunktur wieder. Arbeitgeber und Politik dürfen den Aufschwung nicht gefährden.

2010 – ein wahres Wechselbad! Erfreulich ist auf jeden Fall, dass wir in dem meisten Branchen die schwere Wirtschaftskrise überwunden haben. Wo vor knapp eineinhalb Jahren noch Kurzarbeit dominierte, werden heute wieder Sonderschichten gefahren. Für voreilige Erfolgsmeldungen besteht dennoch kein Anlass. Die Hurra-Rufe der schwarz-gelben Regierung, allen voran von Wirtschaftsminister Brüderle, dienen eher dazu, von den eigenen Schwächen abzulenken. Ob der Aufschwung dauerhaft ist und ob er auch bei den Beschäftigten ankommt, hängt ganz wesentlich von den politischen Entscheidungen der nächsten Monate ab.

Falscher Weg. Die Arbeitgeber und Regierung führen eine Politik fort, die schon vor der Krise in die Irre geführt hat. Die Unternehmen setzen voll auf unsichere und gering entlohnte Beschäftigung. Einstellungen erfolgen überwiegend über Befristungen und Leiharbeit. Der zahnlose Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen zur Arbeitnehmerüberlassung löst keines der drängenden Probleme. Missbrauch von Leiharbeit wird nicht verhindert. Im Gegenteil: Die ungleiche Bezahlung von Leih- und Normalarbeit ist weiterhin ein starker Anreiz, um Stammarbeitsplätze durch Leiharbeit zu ersetzen. Und ein Mindestlohn für die Leiharbeit wird dies nicht verhindern.

Foto: Frank Rumpenhorst

IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber: Wir werden uns auch 2011 politisch einmischen – im Interesse der Beschäftigten.

Die IG Metall wird es deshalb im nächsten Jahr so halten wie schon in 2010: Wo es notwendig ist, werden wir unsere Positionen einbringen, und wenn erforderlich mit dem nötigen Nachdruck. Für uns steht fest: Massenhafte Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge sowie Niedriglohn-Jobs sind der falsche Weg! Nur mit stabilen und qualifizierten Belegschaften meistern wir die nach wie vor vorhandenen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Nur mit angemessen bezahlter Arbeit stärken wir die Binnenkonjunktur und – es geht um Leistungen der Beitragszahler – unsere sozialen Sicherungssysteme.

Die IG Metall steht zu ihren Positionen, in guten wie in schwierigen Zeiten. Wir setzen uns ein, dass 2011 ein erfolgreiches Jahr wird. Das wünsche ich persönlich auch allen Mitgliedern und ihren Familien. ■

SONG DES MONATS

I need a Dollar

Mit seinem Song »I need a Dollar« erzählt der 31-jährige US-Sänger Aloe Blacc eine etwas andere Geschichte über den »amerikanischem Traum«: Anstelle des Wegs nach oben (vom Tellerwäscher zum Millionär) beschreibt er die harte Realität eines Menschen, der seinen Job verliert und dadurch völlig abstürzt. Am Ende bleibt ihm nichts anderes übrig, als Menschen um einen Dollar anzuschnorren.
Mit dem Song beweist der Künstler, dass Sozialkritik auch sehr gut tanzbar sein kann.
Deutsche Übersetzung:
Volker.Beck@igmetall.de

I need a dollar dollar, a dollar is what I need
hey hey ...
Haste mal 'n Dollar Dollar, ein Dollar ist alles, was ich brauch.
Hey hey.
Sag schon, haste mal 'n Dollar Dollar, ein Dollar ist alles, was ich brauch.
Hey hey.
Ich frag: Haste mal 'n Dollar Dollar, ein Dollar ist alles, was ich brauch.
Wenn ich dir meine Geschichte erzähle, haste dann 'n Dollar für mich übrig?

Es kommen schlechte Zeiten und ich darf die Suppe and'rer auslöffeln.
Hey hey.
Ich muss euch sagen, nicht alles was glänzt ist Gold.
Hey hey.
Das Leben ist sehr hart und anstrengend,
Und ich brauch jemand, der mir hilft meine Last zu tragen.

Refrain: Haste mal 'n Dollar Dollar, ein Dollar ist alles, was ich brauch ...

Ich hab das Gefühl, ich lauf auf dünnem Eis.
Weil alles um mich rum grade zusammenbricht.
Dabei brauch ich grade jetzt jemanden, der mir hilft.
Ich hatte 'nen Job, aber der Boss warf mich raus,
er sagte: Es tut mir leid, aber du wirst hier nicht mehr gebraucht,
ich sagte: Bitte Boss, ich brauch den Job mehr als du dir das vorstellen kannst,
aber er zahlte mir den letzten Lohn und schickte mich wieder weg

Refrain: Haste mal 'n Dollar Dollar, ein Dollar ist alles ...

Ich hab das Gefühl, ich lauf auf dünnem Eis.
Weil alles um mich rum zusammenbricht.
Dabei brauch ich grade jetzt jemanden, der mir hilft.
Was zum Teufel soll ich morgen bloß tun.
Gibt es jemanden, der mir 'nen Dollar leihen kann?
Der mir hilft, meine Sorgen zu vergessen,
vielleicht hilft 'n Schluck aus der Pulle
vielleicht hilft 'n Schluck aus der Pulle
Ich hab gute, alte Freunde, sie heißen Whiskey und Wein.
Hey hey.
Und für meine guten Kumpels gebe ich meinen letzten Cent.
Hey hey.
Mein Kumpel Wein hilft mir, die Zeit zu vertreiben.
Mein guter Kumpel Whiskey wärmt besser als Sonnenschein.
Hey hey.
Der Anfang vom Ende – aber schau doch hin,
die Kinder machen es ja schon genauso.
Hey hey.
Falls Gott Pläne mit mir hat, sind die hoffentlich nicht in Stein gemeißelt.
Hey hey.
Denn ich hab mir die Knochen kaputt geschuftet
und ich schwör, abgerechnet wird zum Schluss.
Hey hey.

Refrain: Also, haste mal 'n Dollar Dollar, ein Dollar ist alles, was ich brauch.
Hey hey.
Komm schon, gib mir 'n Dollar.
Na los, gib mir 'nen Dollar,
komm schon, gib mir 'n Dollar,
los, gib mir deinen Dollar ...

Fotos: Universal Music

Mit »I need a Dollar« schaffte es der US-Sänger Aloe Blacc auf Platz 4 der deutschen Single-Charts.

MACH MIT

Mitmachen & Gewinnen
Zu gewinnen gibt es zehn Fan-Pakete, bestehend aus der CD mit dem Song »I need a Dollar« und einer Aloe-Blacc-Tasche. Schreibt eine E-Mail:
metallzeitung @igmetall.de
→Betreff: »Dollar«
- Einsendeschluss ist der 23. Januar 2011.

Daten pflegen

IN EIGENER SACHE

Umzug, anderes Einkommen, jetzt in Rente? Nur wer die IG Metall auf dem Laufenden hält, sichert sich die Leistungen. Die IG Metall gewährt den sorgsamen Umgang mit diesen Daten.

Foto: Michael Schinke

Sorgfältiger Umgang: Deine Daten sind bei der IG Metall in guten Händen.

Nur wer die IG Metall über seine Daten auf dem Laufenden hält, kann von den satzungsgemäßen Leistungen profitieren. Die Beitragshöhe passt sich zwar automatisch nach jeder Tarifrunde an. Wer aber beispielsweise in Eltern- oder Teilzeit geht oder erwerbslos wird, muss die Verwaltungsstelle informieren, um seinen Beitrag zu verringern. Alle Daten werden vertraulich behandelt und nur intern verwendet. Sie werden nicht an Dritte herausgegeben und nicht zu Marketingzwecken missbraucht (»Adresshandel«). Beitrittsformulare und Änderungsmitteilungen sowie das folgende Verfahren sind mit der Datenschutzbehörde dementsprechend neu abgestimmt:
»Nach § 5, Ziffer 2 der Satzung ist jedes Mitglied zur satzungsgemäßen Beitragsleistung verpflichtet. Die Anpassung an die Einkommensentwicklung erfolgt unter anderem über ›organisierte Personengruppen‹, das heißt gewerkschaftliche Vertrauensleute im Betrieb. Dabei werden aus betriebsöffentlichen Daten, wie der Tätigkeit und der damit verbundenen Eingruppierung, das Tarifentgelt und der Gewerkschaftsbeitrag ermittelt. Das Ergebnis wird mit dem Mitglied besprochen. Dies dient auch dazu, jedem Mitglied den vollen Anspruch aus sämtlichen Leistungen der IG Metall zu sichern:
- Rechtsschutz,
- Unterstützung in außerordentlichen Notfällen,
- Unterstützung für Rentnerinnen und Rentner,
- Unterstützung im Todesfall,
- Freizeitunfallversicherung,
- Unterstützung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung sowie
- weitere Leistungen, wie zum Beispiel Verdienstausfallerstattungen bei Seminaren.

Wer damit nicht einverstanden ist, kann bei seiner Verwaltungsstelle Widerspruch einlegen. Die daraus resultierenden Folgen nicht satzungsgemäßer Beitragsleistung trägt das einzelne Mitglied.«

Wer schon IG Metall-Mitglied ist, muss nichts Neues unterschreiben. Die aktualisierten datenschutzrechtlichen Formulierungen gelten auch für bestehende Mitgliedschaften. ■

ZAHLEN UND FAKTEN

450 000

Über 58 und arbeitslos
Es sind viel mehr Ältere arbeitslos als die offizielle Statistik der Arbeitsagenturen aufweist, ermittelte das ARD-Magazin »Report Mainz«. Im Oktober waren rund 302 970 Menschen über 58 Jahre als arbeitslos registriert. 149 000 weitere wurden nicht mitgezählt, weil sie in Arbeitsmarktmaßnahmen stecken oder Langzeitarbeitslose sind, die unter die »vorruhestandsähnlichen« Regelungen fallen.

11

Keine Berufsnomaden
Wer eine feste Stelle hat, behält sie. Im Durchschnitt bleiben Arbeitnehmer in Deutschland fast elf Jahre im selben Betrieb; genau sind es zehn Jahre und zehn Monate. Daran hat sich seit Anfang der 90er-Jahre nichts geändert, stellt das Institut für Arbeitsmarkt-und Berufsforschung (IAB) fest. Einen zunehmenden Trend, ständig wechseln zu müssen, gibt es nicht, so das IAB.

7 200 000

7,2 Millionen Minijobber
7,2 Millionen Beschäftigte in Deutschland arbeiten auf 400-Euro-Basis. Das entspricht 20 Prozent aller Beschäftigten. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden. Für fünf Millionen ist der Minijob die einzige Erwerbsquelle. Sie sind oft zusätzlich auf Hartz IV angewiesen.

Foto: Martin Schutt/dpa/pa

Das Bundesarbeitsgericht kippt die Tarife Christlicher Gewerkschaften: Damit kommt die Leiharbeit der fairen Bezahlung näher.

Teure Gefälligkeiten

LEIHARBEIT | Vor dem Gesetz sind alle gleich – Leiharbeitnehmer und Stammbeschäftigte bekommen das gleiche Geld. Um diese Regel kamen Arbeitgeber mit Hilfe der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften jahrelang herum. Doch damit ist jetzt Schluss, entschied das Bundesarbeitsgericht.

Flexibel und billig – dafür schätzen viele Arbeitgeber seit Jahren die Leiharbeit. Doch aus »billig« könnte jetzt »teuer« werden. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschied, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen – kurz CGZP – keine Tarifverträge für Leiharbeitnehmer abschließen durfte. Das Urteil hat Konsequenzen für Beschäftigte, Ver- und Entleiher. Während sich Leiharbeitnehmer unter Umständen auf eine Nachzahlung freuen dürfen, sollten sich Arbeitgeber warm anziehen. Auf sie könnten in diesen Wochen Forderungen in Milliardenhöhe zurollen.

Mit ihren Tarifverträgen hatte die CGZP vor sieben Jahren Arbeitgebern die Tür geöffnet, branchenübliche Löhne zu drücken. Der DGB warf ihnen von Anfang an vor, Gefälligkeitstarifverträge abgeschlossen zu haben. Denn mit ihrer Hilfe konnten Verleiher die gesetzliche Equal-Pay-Regel umgehen. Nach dieser gilt: Für die gleiche Arbeit gibt es das gleiche Geld, egal ob Leiharbeitnehmer oder Stammbeschäftigter. Arbeitgeber können nur dann davon abweichen, wenn sich der Arbeitsvertrag auf einen entsprechenden Tarifvertrag bezieht. Genau das hatte ein Teil der Verleiher mit der Tarifgemeinschaft der Christlichen Gewerkschaften gemacht, und dabei offensichtlich auf das falsche Pferd gesetzt.

»Equal Pay« gilt. Wer Tarifverträge abschließt, muss bestimmte Bedingungen erfüllen. Diese fehlten der Tarifgemeinschaft CGZP nach Ansicht des BAG. Die logische Konsequenz: Ohne Tarif-

WISSEN

Ein Blick in den Arbeitsvertrag ist Geld wert

Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Tariffähigkeit der CGZP können Leiharbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen rückwirkend Anspruch auf mehr Geld haben. Deshalb einen Blick in den Arbeitsvertrag werfen und nachsehen, ob er sich auf den CGZP-Tarifvertrag bezieht. Die Ansprüche können nur durch Verfallfristen im Arbeitsvertrag ausgeschlossen werden. Außerdem gilt nach dem Gesetz eine Verjährungsfrist von drei Jahren.

- **Ganz wichtig:** Ob und in welcher Höhe Ansprüche bestehen, ist eine knifflige Frage. Wer sich nicht im Dschungel von Tarifrecht und Verjährungsfristen verirren will, sollte sich von Profis helfen lassen. Mitglieder der IG Metall können sich an ihre Verwaltungsstelle wenden.

Die IG Metall hat Musterschreiben verfasst, mit denen Ihr Auskünfte einholen und Ansprüche geltend machen könnt.
Die Musterschreiben könnt Ihr im Mitgliederbereich herunterladen. Hier findet Ihr auch noch weitere Infos zur Entscheidung:
www.igmetall.de/mitglieder

fähigkeit kein Tarifvertrag. Und ohne Tarifvertrag keine Abweichung von »Equal Pay«. Wer also in den vergangenen Jahren aufgrund seines Arbeitsvertrags unter die Tarife der CGZP fiel, hat jetzt unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur Anspruch auf höheren Lohn. Sein Arbeitgeber muss für ihn auch Sozialbeiträge nachzahlen. Und zwar rückwirkend für vier Jahre.

Zur Kasse bitten. Auf rund zwei Milliarden Euro schätzt Thomas Klebe, Justiziar der IG Metall, die Summe, die den Sozialversicherungen in den letzten vier Jahren durch die Dumping-Tarifverträge entgangen ist. Doch die Sache eilt. Ende 2010 verfallen Ansprüche für 2006, warnte Klebe schon vor Wochen. »Die Sozialversicherungen müssen die Beiträge vor dem Jahreswechsel einfordern. Sonst verschenken sie viel Geld.«

Die Rentenversicherung hatte angekündigt, dass sie die rund 1600 betroffenen Verleiher anschreiben wird. Diese müssen mitteilen, wie hoch das Entgelt und damit die Beiträge hätten sein müssen. Auch die Entleiher können zur Kasse gebeten werden. Im Zweifelsfall können sich die Sozialversicherungen bei ihnen ihr Geld holen.

Für Klebe ist die Entscheidung ein deutliches Signal an Arbeitgeber: »Wer sich auf Gefälligkeitstarifverträge einlässt, bekommt am Ende die Rechnung präsentiert. Arbeitgeber müssen gleiche Arbeit endlich gleich bezahlen.« Doch auch die Politik muss nach Ansicht Klebes Konsequenzen ziehen. Dazu gehört für ihn eine klare Equal-Pay-Regel und eine Höchstgrenze, wie lange Leiharbeitnehmer ausgeliehen werden dürfen. »Die Politik muss Schluss machen mit den Ausnahmen von Equal Pay – im Interesse der Allgemeinheit und der Fairness. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

CEBIT & HANNOVER MESSE

Die IG Metall lädt ein – Freikarten für Mitglieder

Auch 2011 kommen IG Metall-Mitglieder in den Genuss von Freikarten für die CeBIT und die Hannover Messe. Metaller sparen 25 Euro (Hannover Messe) oder 34 Euro (CeBIT).

CeBIT. Die bekannte Computer-Messe findet vom 1. bis 5. März auf dem Messegelände in Hannover statt. Unter der Woche ist die Messe Fachbesuchern vorbehalten, am Samstag ist sie offen für alle. Das IG Metall-Ticket ist an allen Tagen einlösbar.

CeBIT-Partnerland ist 2011 die Türkei. Das Top-Thema: »Work and Live with the Cloud« (»Leben und Arbeiten mit der Wolke«). Hinter dem Begriff »Cloud« verstecken sich IT-Anwendungen, die über das Netzwerk und nicht mehr lokal auf dem PC ausgeführt werden.

Der IG Metall-CeBIT-Stand wird sich bei der Standfläche der Zeitschrift Computerwoche in Halle 6, Stand D 22 befinden.

www.cebit.de

Hannover Messe. Vom 4. bis 8. April 2011 findet ebenfalls in Hannover eine der wichtigsten Industriemessen statt. Das Motto dieses Jahr: »Smart Efficiency«.

Egal ob es um Kosten-, Prozess- oder Ressourceneffizienz geht, die Industrie zeigt auf 13 thematisch gegliederten Ausstellungen Lösungen. Das Partnerland Frankreich legt zudem den Schwerpunkt auf Energie, Mobilität und Energieeffizienz.

Auf der Hannover Messe feiert der neue Messestand des IG Metall-Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Premiere. Die Kollegen wird man in Halle 7 im Bereich »Job & Career Market« treffen. ■

www.hannovermesse.de

Volker.Beck@igmetall.de

TIPP

Messe-Freikarten exklusiv für IG Metall-Mitglieder
In großen Betrieben gibt es Karten bei den Vertrauensleuten oder beim Betriebsrat. Alle anderen können ihre Freikarten über ihre Verwaltungsstellen vor Ort bekommen. Weitere Informationen zu den beiden Messen unter:
www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de →Termine

IN KÜRZE

Atlas: Streik erfolgreich

Erfolg für die 650 Beschäftigten bei Atlas. Nach fünf Wochen Streik konnten sie sich durchsetzen: Die Tarifverträge gelten weiter und zum 1. Mai 2011 steigen die Gehälter um 2,7 Prozent. Die Vereinbarung fand die volle Zustimmung der Beschäftigten an den drei Standorten Vechta, Ganderkesee und Delmenhorst: 96,9 Prozent stimmten der Vereinbarung zu. Alle Infos, Bilder und Videos zum Streik unter:
www.atlas-streik.igmetall.de

Bis nach Luxemburg

Der Rüstungszulieferer Autoflug kündigte dem Ingenieur Maik B., weil er eine Chinesin geheiratet hatte. Er klagte (siehe metallzeitung 12/2010). Das Arbeitsgericht in Elmshorn schmetterte die Klage ab. Das arbeitsrechtliche Problem: Obwohl er zwei Monate festangestellt war, hat Maik B. als ehemaliger Leiharbeitnehmer noch keinen Kündigungsschutz. Er hat zwar einen neuen Job, will aber weiterklagen: »Notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg«, sagen Maik B. und die IG Metall.

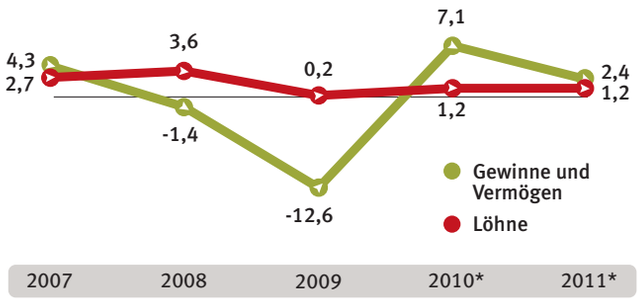
Straftat Dumpinglohn

Erstmals ist ein Unternehmer, der den gesetzlichen Mindestlohn für Gebäudereiniger unterschritten hat, wegen einer Straftat und nicht mehr nur wegen einer Ordnungswidrigkeit verurteilt worden. Damit gilt der Unternehmer als vorbestraft. Statt 7,68 Euro zahlte er Stundenlöhne zwischen 1,79 Euro und 1 Euro. Das OLG Naumburg bestätigte das Urteil des LG Magdeburg.

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Gewinne 2010 wieder kräftig gestiegen

Wie sich die Löhne der Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft und die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen entwickelt haben (Zu- oder Abnahme im Vergleich zum Vorjahr in Prozent):



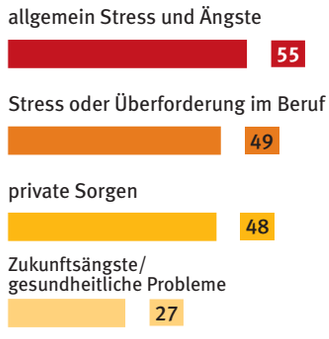
*Prognose | Quellen: Statistisches Bundesamt, Prognose IMK Juni 2010

Stress ist Schlafkiller Nummer eins

So häufig leiden Berufstätige unter Schlafproblemen (in Prozent*):

*rundungsbedingt nur 99 Prozent

Das sind die häufigsten Gründe (Nennungen in Prozent*):

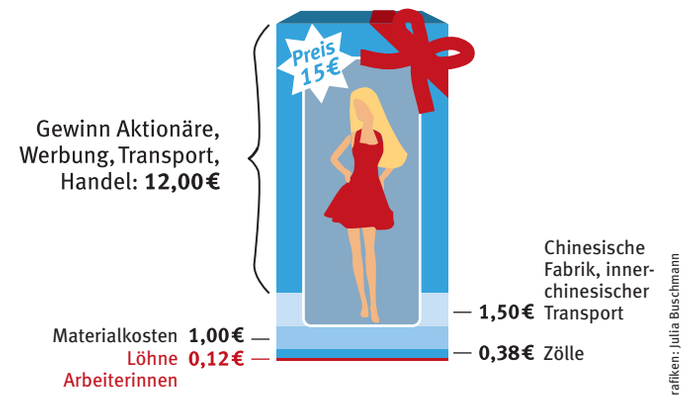


*mehrere Angaben waren möglich

Quelle: Bundesverband der Berufskrankenkassen (BKK)

Zwölf Cent für eine Barbie

Das Beispiel Barbie-Puppe zeigt, wer bei der globalen Arbeitsteilung die Verlierer sind. Von 15 Euro Ladenpreis bleibt weniger als ein Prozent bei den Arbeiterinnen.



Quellen: Christliche Initiative Romero, Öko-Test 12/2010

Infografiken: Julia Buschmann

»Die Jungen müssen bleiben«

INTERVIEW

Bei Bosch Feuerbach hat die Belegschaft die unbefristete Übernahme der Azubis erkämpft. metallzeitung traf die Betriebsräte Hartwig Geisel und Mustafa Kalay.

Ihr habt für die unbefristete Übernahme Eurer Azubis gekämpft. Warum?

Hartwig Geisel (Betriebsratsvorsitzender): Wir sind raus aus der Krise. Wir fahren Überstunden. Die Firma plant 200 bis 300 befristete Einstellungen, mehr Leiharbeit und Werkverträge. Es ist also genug Arbeit da. Und doch wollte die Geschäftsführung nur 30 der 104 gewerblichen Auszubildenden unbefristet übernehmen. Das fanden wir inakzeptabel.

Mustafa Kalay (Betriebsrat für Jugend): Außerdem haben wir eine Grundregel bei Bosch: Alle Azubis sollen unbefristet übernommen werden. Nur in der Krise sind wir ausnahmsweise davon abgewichen und konnten wegen der schlechten Lage nur 30 Azubis unbefristet übernehmen, die übrigen erstmal nur für ein Jahr, mit Beihilfen von der Firma für Weiterbildung oder Studium. Aber jetzt haben wir wieder Hochkonjunktur – und trotzdem tut die Firma, als ob noch Krise wäre. Das geht gar nicht.

Jetzt bekommen doch alle Azubis eine feste Stelle. Wie habt Ihr das geschafft?

Kalay: Wir haben Buttons und Flugblätter verteilt, überall Plakate ausgehängt – und vor allem Mahnwachen gehalten, die Azubis gemeinsam mit den älteren Beschäftigten. Jeden Tag punkt 12 Uhr waren 100 Leute vor dem Tor. Wir waren mehrfach in der Presse und im Radio. Und wir waren im Internet aktiv, vor allem über die Plattform »Facebook«. Dort haben wir diskutiert, unsere Aktionen organisiert und Informationen breit nach außen gestreut.

Geisel: Dieses »Facebook« war Neuland für uns. Ich habe ja davon keine Ahnung. Aber dafür sind wir ja ein Team im Betriebsrat. Jedenfalls hat unsere Öffentlichkeitsarbeit insgesamt super funktioniert: Nach vier Tagen hat die Geschäftsleitung eingelenkt.

Warum macht Bosch überhaupt so etwas? Alle klagen doch über Fachkräftmangel?

Geisel: ... Und wir setzen unsere selbst ausgebildeten Fachleute nach einem Jahr vor die Tür. Ja. Obwohl da schon ein Strukturwandel dahintersteckt: Wir haben mehr Elektronik, weniger Mechanik. Die Firma braucht in nächster Zeit vor allem mehr Ingenieure – aber weniger Facharbeiter. Das wissen wir und haben auch die Struktur der Ausbildung angepasst, etwa mit mehr dual Studierenden. Dennoch werden wir auch in Zukunft Facharbeiter brauchen, nicht nur vorübergehend. Da darf die Jugend nicht als Personalreserve missbraucht werden.

Denkt Ihr als Arbeitnehmervertreter mehr in die Zukunft als das Management?

Foto: Jo Röttgers/graffiti-foto.de

Hartwig Geisel, Betriebsratsvorsitzender von Bosch in Stuttgart-Feuerbach (oben und unten) und Jugend-Betriebsrat Mustafa Kalay. Verschiedene öffentliche Aktionsformen führten zum Erfolg: Die Jungen bleiben.

Geisel: Ich würde sagen: Ja. Im Hinblick auf unsere Belegschaft. Wir wollen den Strukturwandel gestalten. Deshalb haben wir neben der festen Übernahme der Azubis auch durchgesetzt, dass wir in Zukunft Facharbeiter zu Ingenieuren weiterqualifizieren, mit finanzieller Absicherung und guten Lernbedingungen. Der Belegschaft ist das wichtig. Das war oft Thema bei Betriebsversammlungen, und wir haben das aufgegriffen. Die Firma war erst einmal skeptisch. Kurz vor Weihnachten haben wir uns geeinigt: Wir bekommen ein umfangreiches Qualifizierungsprogramm.

Sogar ein französisches Fernsehteam hat bei Euch angefragt. Was wollten die denn?

Geisel: Die sind überrascht, dass Gewerkschafter in Deutschland sich so für und mit der Jugend engagieren. Im Gegensatz zu Frankreich, wo die Gewerkschaften die Jugendlichen anscheinend nicht so erreichen. Obwohl die dort die gleichen Probleme haben, mit der Übernahme oder mit der zunehmenden Leiharbeit. Und die wollen von uns wissen wie wir das machen.

Und wie habt Ihr das geschafft, die Beschäftigten und vor allem die Jugend zu aktivieren?

Kalay: Das war nicht schwer. Die Auslerner waren enttäuscht. Die wollten endlich Klarheit: Wie geht es weiter? Aber niemand von der Personalabteilung hat mit ihnen geredet – mit uns übrigens auch nicht, bis wir Verhandlungen eingefordert haben. Wir haben die Auslerner in Lagebesprechungen gefragt was ihnen wichtig ist. Und die klare Ansage war: Sie wollen Sicherheit – und nicht einfach Geld zum Abschied, etwa um sich ein Studium zu finanzieren. Wichtig war vor allem: Das war keine Stellvertreter-Geschichte von uns als Betriebsrat und IG Metall. Die Jugendlichen waren selbst aktiv. Wir haben alles gemeinsam diskutiert, entschieden und dann umgesetzt.

Aber wieso standen die Älteren so hinter den Jungen?

Geisel: Das Thema Ausbildung und Jugend hat bei uns Tradition. In der Krise waren die Beschäftigten zu Opfern für die Auszubildenden bereit. Alle sollen Lasten gerecht tragen, das ist in unserer Belegschaft breit akzeptiert. Und sie stehen auch jetzt weiter zu den Azubis. Ein Vorteil war auch, dass wir zuvor gerade unsere Herbstaktionen zum »Kurswechsel für ein gutes Leben« hatten. Da waren wir im Betrieb voll dabei und mit vielen Leuten auf der Demo. Und wir haben auch immer die »Zukunft für die junge Generation« zum Thema gemacht. Von daher war das noch in der Diskussion. Noch jetzt tragen viele unsere Buttons. Und auch wir im Betriebsrat stehen voll und ganz hinter der Jugend. Viele von uns kommen ja aus der Jugendvertretung. Auch ich bin in den letzten Wochen bei keinem Termin ohne meinen Jugend-Button aufgetaucht: »Die Jungen müssen bleiben« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

WISSEN

Unbefristete Übernahme für Azubis bei Bosch Feuerbach

Zunächst wollte die Geschäftsleitung bei Bosch Feuerbach nur 30 der 104 gewerblichen Auslerner im Frühjahr unbefristet übernehmen. Nun gibt es doch feste Verträge, abgesichert für alle Azubis, die bis 2013 fertig werden. Das haben Azubis, Belegschaft und Betriebsrat Ende November durch eine Reihe von Aktionen, unter anderem Mahnwachen, durchgesetzt.
Die IG Metall-Jugend fordert generell die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung und hat dazu die Kampagne »Operation Übernahme« gestartet. Nachrichten und Aktionsvideos:
www.operation-uebernahme.de

IN KÜRZE

Darf's etwas mehr sein?

Kaum ist die Krise vorbei, langen die Aufsichtsratchefs der DAX-Konzerne wieder kräftig zu: Im Vergleich zu 2009 stieg ihr Gehalt im Schnitt um 21 Prozent auf durchschnittlich 262 000 Euro. Diese Zahlen hat die Unternehmensberatung Towers Watson berechnet. Weniger als die Hälfte aller DAX-Konzerne richten Vergütungen an langfristigen Zielen aus.

Foto: Panthermedia.com

Vorschlag der Richter: Kamera auf Stand-by und von Demo abwenden.

Filmen verboten

Friedliche Demonstranten dürfen nicht von der Polizei gefilmt werden, selbst wenn die Aufnahmen nicht gespeichert werden. Auch ohne Aufzeichnung könnten die Kameras Teilnehmende abschrecken und einschüchtern. Das entschied das OVG Münster. Geklagt hatten Anti-Atom-Aktivisten. AZ: 5 A 2288/09

Weg mit der Killer Jeans

Beschäftigte, die Jeans sandstrahlen, können an der unheilbaren Krankheit Silikose (Staublunge) erkranken. Allein in der Türkei gibt es rund 4 000 bis 5 000 Fälle. Die Kampagne für Saubere Kleidung – an der auch die IG Metall beteiligt ist – fordert die Sandstrahltechnik (Used-Look, Vintage-Style) in der Jeansproduktion abzuschaffen. Mehr im Netz unter:
www.saubere-kleidung.de

IN KÜRZE

Ausgezeichneter Tausch

Während die einen Kurzarbeit machten, suchten andere händeringend Fachkräfte. Im Siegerland halfen Betriebe sich 2009 gegenseitig. Wer eine Flaute hatte, verlieh Fachkräfte an ausgelastete Betriebe wie Wagner Sinto (siehe metallzeitung Juli 2009). Für den erfolgreichen Austausch wurde der Betriebsrat von Wagner Sinto mit einem Preis der Zeitschrift AiB ausgezeichnet.

Foto: Werner Bachmeier

Bei der Wafios AG in Reutlingen lötet eine Auszubildende einen Stecker: ein Bild aus dem Buch »Arbeitswelten«.

Blick in die Arbeitswelt

Im Zentrum des Bildbands von metallzeitungs-Fotograf Werner Bachmeier und -Autor Udo Achten steht der Mensch und nicht die Maschine. Das Buch beobachtet Beschäftigte: »Arbeitswelten – Einblicke in einen nichtöffentlichen Raum«. Klartext Verlag, 2010, 224 Seiten, 24,95 Euro.

Elena: Abruf erst 2014

Sozialbehörden können die Arbeitnehmerdaten des Elektronischen Entgeltnachweises (Elena) erst ab 2014 abrufen. Die Regierung hat die Testphase wegen technischer Probleme verlängert. Betriebe übermitteln die Daten weiter, die Frage, ob Beschäftigte wegen vertragswidrigem Verhalten gekündigt wurden, entfällt.

Mehr als Equal Pay

LEIHARBEIT | Vermeiden, begrenzen, gestalten: Auch die saarländische Stahlindustrie hat den Einsatz von Leiharbeit jetzt in einem Tarifvertrag geregelt.

Nach 16 Stunden verhandeln endlich ein Ergebnis für die saarländischen Stahlarbeiter: ab Januar 3,6 Prozent mehr Lohn plus Einmalzahlung von 150 Euro. Und obendrauf ein Tarifvertrag für Leiharbeitnehmer in der saarländischen Stahlindustrie. Sie dürfen ab sofort nur in begründeten Ausnahmefällen für maximal drei Monate eingesetzt werden. In Ausnahmefällen auch für sechs Monate, dann kann der Betriebsrat aber die Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis fordern.

Des Weiteren müssen Firmen durch ihre Betriebsvereinbarungen sicherstellen, dass Leiharbeitnehmer das gleiche arbeitsplatzabhängige Entgelt in vollem Umfang erhalten wie neu eingestellte Stammbeschäftigte. Dies gilt auch für die Dauer und Lage der Arbeitszeit. Die Verleihunternehmen müssen einen gültigen Tarifvertrag mit der IG Metall nachweisen. Bezirksleiter und Verhandlungsführer Armin Schild: »Das ist mehr als Equal Pay. Leiharbeit kann zukünftig nur auf der Basis von ordentlichen Tarifverträgen und einer freiwilligen Betriebsvereinbarung stattfinden. Mit diesem Tarifvertrag wird die volle Mitbestimmung sowohl auf das Wie als auch auf das Ob von Leiharbeit ausgedehnt.«

Gesetz nötig. Leider kommen zu wenig Leiharbeitnehmer in den Genuss solcher tariflichen Regeln. Zwar hat das Arbeitsministerium einen Entwurf auf den Weg gebracht. Aber: »Dieser Gesetzesentwurf öffnet dem ungebremsten Abbau von Stammarbeitsplätzen und der Ausdehnung des Niedriglohnsektors Tür und Tor und genügt den Anforderungen der EU-Richtlinie nicht«, sagt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Er fordert, den Entwurf nachzubessern. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

Enfluss nur mit Tarifbindung

Mitglieder von Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung (OT) dürfen auf Tarifverhandlungen oder Arbeitskämpfe keinen Einfluss nehmen. Hat der Verband in seiner Satzung nicht klar zwischen den Rechten von Mitgliedern mit und ohne Tarifbindung getrennt, bleiben auch sogenannte OT-Mitglieder an den Tarif gebunden. Damit bestätigte das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts.

Für die IG Metall hat die Entscheidung keine Auswirkungen auf den Umgang mit Arbeitgebern, die sich aus der Tarifbindung verabschieden. Sie wird diese weiterhin unter Druck setzen, in die Tarifbindung zurückzukehren oder einen Anerkennungstarifvertrag abzuschließen. ■

DAS NEUE JAHR

Nicht nur Atomkraftgegner und Stuttgarter Bürger entdeckten 2010 die Lust am Widerstand: Im Herbst gingen Metallerinnen und Metaller im ganzen Land auf die Straße und mischten mit witzigen Aktionen ihre Betriebe auf. Das Jahr ist zu Ende, die Politik macht weiter. Auch 2011 gibt es genügend Gründe, sich einzumischen.

Nachdem der Bundesregierung der Protestwind in den letzten Monaten scharf um die Ohren wehte, schaut sie 2011 gebannt auf die Wahlurnen. Gerade so als könnte ein Springteufel herauskommen und die Berliner Koalition ausknocken.

In sieben Bundesländern stimmen Bürgerinnen und Bürger 2011 über einen neuen Landtag ab. Spannend wird es für die Bundesregierung in Baden-Württemberg: Im Stammland der CDU wackelt die schwarz-gelbe Mehrheit gewaltig. Die Grünen heben fast überall zum Höhenflug ab und die FDP könnte sich an der Fünf-Prozent-Hürde die ein oder andere Beule holen.

Stopp im Bundesrat. Die Entscheidungen in den Bundesländern sind für die Bundesregierung wichtig. Denn schließlich regieren sie über den Bundesrat bei der Bundespolitik mit. Die Mehrheit dort verlor Schwarz-Gelb bereits nach der NRW-Wahl. Die Folge: Über den Bundesrat stoppten SPD und Grüne die Hartz-IV-Reform. Sie fordern mehr für Arbeitslose und ihre Familien. Der Vermittlungsausschuss soll's nun klären. Was uns 2011 sonst noch erwartet, steht auf der nächsten Seite. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Fotos: Panthermedia.net

Grüne, Geld, Gesundheit – was 2011 auf uns zukommt.

Zwölf Monate Zeit, etwas zu ändern

1. Sackgasse Leiharbeit

Immer mehr Menschen landen hier, aber nur wenige kommen wieder heraus: Leiharbeit heißt die Sackgasse auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung versprach Besserung, bearbeitete das Gesetz zur Leiharbeit und heraus kam: »Ein Kniefall vor der Branche«, so die IG Metall. Das Gesetz verhindere weder den Missbrauch, noch schaffe es faire Arbeitsbedingungen. Bis Mai will die Regierung die Gesetzesänderung abschließen. Fünf Monate Zeit für die IG Metall, sich einzumischen.

Gleiches Geld für die gleiche Arbeit – diesem Ziel kommen Leiharbeitnehmer auch mit dem neuen Gesetz nicht näher.

2. Die nächste Reform kommt bestimmt

Die Sozialsysteme bleiben eine Dauerbaustelle. Zu Jahresbeginn ändert sich einiges im Gesundheitssystem (siehe Seite 24–25).

Für Hartz-IV-Bezieher gibt es wahrscheinlich zunächst keine fünf Euro mehr und kein Bildungspaket. Der Bundesrat stoppte die Reform der Regierung. Die Opposition hatte das Paket gewogen und für zu leicht befunden. Sie fordert mehr für Arbeitslose und ihre Familien.

Die nächste Baustelle heißt Pflegeversicherung. Die Regierung überlegt, ein kapitalgedecktes Element einzuführen. Nach Riester-Rente könnte dann noch Pflege-Riester kommen.

Reformen und kein Ende – Gesundheit wird teurer, Hartz IV kommt auf den Prüfstand und an der Pflege wird gedreht.

3. Für Sechs Sechs mehr

Die Wirtschaft berappelt sich langsam. Zeit für mehr Geld. Bei Volkswagen startet die Tarifrunde für die sechs westdeutschen Werke im Januar. Die IG Metall fordert sechs Prozent mehr Geld. In der Textil- und Bekleidungsindustrie werden die Tarifverträge Ende Februar gekündigt. Hier fordert die IG Metall fünf Prozent.

In der Metall- und Elektroindustrie gibt es spätestens im April 2,7 Prozent mehr Geld. Viele Betriebe haben die Erhöhung auf Februar vorgezogen.

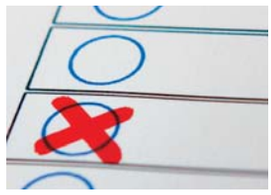
Auf mehr Geld können die Textiler im Frühjahr hoffen. Die IG Metall fordert für sie fünf Prozent.

4. Wie »Grün« wird das Land?

Grün oder nicht Grün? Das ist die Frage, die die Berliner im März beantworten. In Umfragen liefern sich die Grünen und ihre Spitzenkandidatin Renate Künast zurzeit ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD und Amtsinhaber Klaus Wowereit.

Auch Baden-Württemberg könnte in diesem Frühjahr ein grünes Wunder erleben. Nach dem Streit um Stuttgart 21 überholen die Grünen sich in jeder Umfrage selbst. Die SPD liegt weit abgeschlagen dahinter.

Gewählt wird außerdem in Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg.



Da waren es plötzlich sieben: Nach dem Krach in Hamburg dürfen die Bürger2011 sieben Landtage neu wählen.

Personaldaten – Die Akte Ich

RECHT SO | **Alle Arbeitnehmer haben eine, doch wenige kennen sie: Die Personalakte. Welche Notizen darf der Chef sich über einen Beschäftigten machen und wie lange werden diese aufbewahrt? Wer darf die Akte lesen und wer nicht? Carsten Schuld »gewährt Akteneinsicht«.**

Der Arbeitgeber darf die für das Arbeitsverhältnis relevanten Unterlagen in einer Personalakte sammeln. Er muss dabei die gesetzlichen, besonders die datenschutzrechtlichen, Vorschriften einhalten. So muss bei einer computergestützten Speicherung von personenbezogenen Daten von mindestens zehn Mitarbeitern ein Datenschutzbeauftragter benannt sein.

In Personalakten finden sich neben den Arbeitspapieren (Steuerkarte) auch Dokumente wie: personalbezogenene (Lebenslauf), amtliche Urkunden (Schwerbehindertenausweis), sozialversicherungsrechtliche (Krankenkasse) und »Sonstige Unterlagen«. Letzteres können auch Ermahnungen und Abmahnungen sein.

Nicht immer schriftlich. Ermahnungen sind missbilligende Mitteilungen des Arbeitgebers, oft nur mündlich ausgesprochen und dann notiert. Eine Abmahnung liegt dann vor, wenn der Arbeitgeber in einer für den Beschäftigten hinreichend deutlich erkennbaren Art und Weise Vertragsverstöße und Pflichtwidrigkeiten beanstandet und damit den Hinweis verbindet, dass im Falle einer Wiederholung der Inhalt oder der Bestand des Arbeitsverhältnisses gefährdet ist. Eine Abmahnung muss nicht immer schriftlich erfolgt sein. Um so wichtiger ist es, dass Arbeitnehmer ihre Recht nutzen und einen Blick in ihr Personalakte werfen. Nur so ist prüfbar, ob ein Vermerk über eine mündlich ausgesprochene Abmahnung geführt wird. Einsicht ist im laufenden Arbeitsverhältnis jederzeit und ohne konkreten Anlass erlaubt.

Foto: Olaf Hermann

Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz.

WISSEN

Auch für Ehemalige

Auch bei einem Arbeitgeberwechsel haben Beschäftigte das Recht, ihre alte Personalakte einzusehen und auf den Wahrheitsgehalt zu prüfen. Dies gilt nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG vom 16. November 2010, AZ: 9 AZR 573/09), wenn nach dem Wechsel die Akten noch weitergeführt wurden.

Der Arbeitgeber muss in sämtliche Akten Einsicht gewähren. Unerheblich ist, ob Betriebe diese in Papierform oder elektronisch führen. Dokumente dürfen nicht entfernt und gar nach der Einsicht wieder abgeheftet werden. Heikles, wie Unterlagen zu einem Arbeitgeberdarlehen, gehören in der Akte in einen verschlossenen Umschlag.

Beschäftigte wiederum dürfen Kopien aus der Akte fertigen oder einen Ausdruck verlangen.

Mit Verstärkung. Beschäftigte dürfen bei der Einsicht ein Betriebsratsmitglied, Behinderte die Schwerbehindertenvertretung, zur Unterstützung hinzuziehen. Es ist ratsam, nicht alleine zum Termin zu gehen. Der Grund: In den Akten stöbern darf man nur in Gegenwart des Arbeitgebers oder eines Vertreters, etwa aus der Personalabteilung. Bei Streit, zum Beispiel vor Gericht, kann nur ein Zeuge beweisen, was tatsächlich einmal Inhalt der Akte war.

Alle Papiere sind vertraulich. Darum ist das begleitende Betriebsratsmitglied zu besonderer Verschwiegenheit verpflichtet. ■

Mit Weichzeichner bearbeitet

Nein, kritisch kann man die neue Berthold Beitz-Biographie nicht nennen. Mit sichtlicher Sympathie porträtiert Joachim Käppner, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, den 97-jährigen Industriellen. Er zeichnet den Weg des Chefs und Aufsichtsratsvorsitzenden des Krupp-Konzerns nach. Eher weniger bekannt: Beitz rettete jüdische Zwangsarbeiter in Polen und ist der erste Unternehmer, der sich für deren Entschädigung einsetzte. ■

Joachim Käppner: »Berthold Beitz – Die Biographie«. Berlin-Verlag, 2010, 36 Euro

Urlaubsregel für halbe Monate

Wie berechnet sich der Urlaub, wenn man nur einen halben Monat arbeitet? Beispiel: Eine neue Kollegin beginnt ihre Arbeit am 17. Januar. Nach dem Bundesurlaubsgesetz hat sie für diesen Monat keinen Anspruch auf Urlaub (BUrlG § 5), weil dieser nur durch ganze Monate entsteht. Der gesamte Jahresurlaub entspricht also nur dem von elf Monaten. Das Gleiche gilt auch, wenn sie zum 10. oder 24. Januar beginnt. Durch die Tarifverträge der IG Metall gibt es aber meist bessere Lösungen. Wer in der Mitte eines Monats einen neuen Job anfängt und seinen Urlaub ausrechnen möchte, der muss wissen, ob für ihn das BUrlG oder ein Tarifvertrag gilt. ■

Bundesministerium
für Gesundheit

Anzeige

Und welchen Anteil haben Sie an der Fitness Ihrer Mitarbeiter?

Die betriebliche Gesundheitsförderung rechnet sich, denn sie macht nicht nur Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch Ihr Unternehmen fit. Viele Unternehmen in Deutschland sind schon dabei.

Informieren Sie sich auf **www.bundesgesundheitsministerium.de**

Branche unter Strom

DER ANDERE BLICK

Sie fressen keinen Sprit und ersparen der Umwelt den Klimakiller CO_2: Elektroautos. Über sie wird viel geredet, aber auf den Straßen sind kaum welche zu sehen. Das soll sich ändern. Warum das auch sinnvoll ist und was es für die Millionen Beschäftigten bedeutet – das ist das Thema des Wissenschaftlers Heinz-Rudolf Meißner.

Foto: Bertrand Bechard/Maxpp Paris/pa

Noch Zukunftsmusik: Autos, die nicht mit Benzin oder Diesel, sondern mit Strom »betankt« werden.

Als die Bundesregierung 2009 den Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität präsentierte, löste sie damit eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der individuellen Fortbewegung aus. Im Kern geht es darum:

- die Schadstoffe in der Luft zu verringern, um die umwelt- und klimapolitischen Ziele zu erreichen. Das betrifft vor allem das Treibhausgas Kohlendioxid (CO_2),
- unabhängiger vom knapper werdenden Rohstoff Öl zu werden,
- die deutsche Automobil- und Zulieferindustrie zum führenden Anbieter und Produzenten von Elektrofahrzeugen sowie ihren Komponenten zu machen,
- Deutschland zum technologischen »Leitmarkt« für Elektromobilität zu entwickeln: Bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen fahren und
- Autobatterien in die Stromnetze einzubinden, als Speicher und Puffer zu nutzen, um die schwankenden Strommengen bei der Energieerzeugung durch Windkraftwerke und Solaranlagen aufzufangen, um damit Großinvestitionen in andere Stromspeicher überflüssig zu machen.

Mit dem Entwicklungsplan will die Politik den Systemwechsel vom Verbrennungsmotor zum elektrischen Antrieb unterstützen. Dieser Wechsel hat schon begonnen. Er wird sich aber noch über viele Jahre hinziehen. Mitsubishi hat bereits mit der ersten Serienfertigung von Elektrofahrzeugen angefangen. Citroën bringt angesichts des Preises von etwa 34000 Euro gerade ein Leasingangebot auf den deutschen Markt. Deutsche Hersteller planen die Markteinführung von Serienfahrzeugen ab 2013.

Der Verbrennungsmotor wird sich durch die zunehmende Elektrifizierung in den verschiedenen

WISSEN

Beschäftigte und Autofirmen fit machen für die elektromobile Zukunft

- **Elektroautos:** Die Bundesregierung plant, dass 2020 eine Million Autos mit Elektroantrieb auf Deutschlands Straßen fahren sollen.
- **Nationale Plattform Elektromobilität:** Rund 170 Experten und Politiker beraten seit Mai 2010, wie die Politik den Wechsel zum Elektroauto unterstützen kann. Darunter Fachleute der IG Metall. IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber ist Mitglied in ihrem Leitungsgremium. Die Teilnehmer der Expertenrunde diskutieren unter anderem auch das Thema Qualifizierung von Arbeitnehmern.
- **IG Metall:** Die IG Metall als Gewerkschaft der Beschäftigten in der Autobranche will den Wandel mitgestalten und ihre Vorstellungen von einer umweltfreundlichen und sozialen Industriepolitik einbringen. Es geht darum, Millionen vor Arbeitsplätzen sicherer zu machen.

Varianten – mild hybrid, plug-in hybrid, batterieelektrisch oder mit Brennstoffzelle – deutlich verändern und schrittweise abgelöst werden. Viele Komponenten des klassischen Antriebsstrangs mit Benzin- und Dieselmotor werden entweder ganz entfallen oder stark verändert. Elektrische Komponenten werden sie ersetzen. Elektromotor, Batterie, Ladetechnik und Leistungselektronik sind die zentralen neuen Komponenten.

Made in Germany. Der Wechsel hat Folgen für die Arbeitsplätze. Heute hängt ein Viertel der Wertschöpfung in der Autoindustrie mit dem Verbrennungsmotor zusammen und damit auch etwa ein Viertel der Beschäftigung. Der elektrische Antriebsstrang wird 2020 schätzungsweise knapp 60 Prozent der Fahrzeugkosten ausmachen. Allein knapp 40 Prozent entfallen dann auf die Batterie.

Aus heutiger Sicht ist noch weitgehend unklar, wie die künftige Arbeitsteilung zwischen den Herstellern und ihren Zulieferern aussehen wird. Klar ist jedoch, dass sowohl die Entwicklung als auch die Produktion der Komponenten von elektrischen Antrieben in Deutschland angesiedelt sein müssen, wenn nicht in umfangreichem Ausmaß Arbeitsplätze gefährdet werden sollen.

Aus Umweltgründen muss sichergestellt werden, dass der Strom aus erneuerbaren Energien kommt.

60 000 neue Jobs. Mittelfristig, bis 2020, werden Entwicklungsanstrengungen für alternative und konventionelle Antriebe parallel laufen und es wird ein breites Angebot an Antriebsarten geben. Daher gehen Beratungsunternehmen davon aus, dass bis dahin etwa 60 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland entstehen – vorausgesetzt, die Wertschöpfung findet hier statt. Ob dies insbesondere bei der Batterieproduktion der Fall sein wird, ist noch nicht entschieden. Bislang ist erst eine Zellproduktion für Lithium-Ionen-Batterien im Aufbau, vereinzelt kursieren weitere Pläne. Es fehlen noch die Investitionsentscheidungen. Weil sie noch teuer sind und die Motoren eine begrenzte Reichweite haben, werden Elektrofahrzeuge sich vor allem auf Ballungsräume und gewerbliche Flotten beschränken und bis 2020 eine Marktnische bleiben. Größere Marktpotenziale werden ab 2025 bis 2030 erwartet.

Um die Ziele des Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität zu unterstützen, hat die Bundesregierung im Mai 2010 die Nationale Plattform Elektromobilität etabliert. Etwa 170 Personen aus Ministerien, Unternehmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften, vor allem aus der IG Metall, erarbeiten in sieben Arbeitsgruppen gemeinsam Strategien sowie Umsetzungsschritte, damit sich Deutschland bis 2020 zum Leitmarkt und -anbieter für Elektromobilität entwickeln kann. Die Plattform eröffnet auch der IG Metall die Möglichkeit, eine beschäftigungsorientierte Industriepolitik mitzugestalten. ■

Heinz-Rudolf Meißner

Zum Autor

Foto: Michael Schinke

Heinz-Rudolf Meißner, 60 Jahre, promovierter Wirtschaftswissenschaftler, arbeitet in verschiedenen Forschungsprojekten am Wissenschaftszentrum Berlin und FAST e.V. Berlin. Schwerpunkt: Auto- und Zulieferindustrie. Meißner, der auch die IG Metall berät, hat eine Reihe von Fachbeiträgen zu Elektromobilität veröffentlicht. Alle Literaturhinweise unter: www.fastev-berlin.org. E-Mail-Adresse des Autors: hrmeissner@online.de

DAS STICHWORT

Seltene Erden

Lange waren sie kein Thema, die meisten Menschen kannten die Bezeichnung nicht einmal. Erst als die Volksrepublik China, die rund 97 Prozent der »Seltenen Erden« abbaut, letzten Sommer ankündigte, den Export zu drosseln, waren sie in aller Munde. Industriestaaten und Unternehmen schlugen Alarm, sahen eine Versorgungskrise und dramatische Preissteigerungen kommen. Schlagartig wurde den Industrieländern ihre Abhängigkeit von China bewusst.

So wichtig wie Öl. Seltene Erden sind für die Wirtschaft so lebenswichtig wie Öl. Sie werden in fast allen Branchen gebraucht, vor allem bei Hightech- und Zukunftstechnologien. Sie sind in Röntgengeräten, Energiesparlampen, Handys, Smartphones, iPods, Flachbildschirmen, Festplatten-Laufwerken, Solar- und Windanlagen. Und sie werden für Elektro- und Hybridautos gebraucht. Das gilt vor allem für 2 der insgesamt 17 Seltenen Erden: Neodym und Lanthan.

Den künftigen Bedarf der deutschen Industrie beziffern Experten auf 50 000 Tonnen pro Jahr. China verfügt über etwa 36 Millionen Tonnen Reserven, hatte aber 2010 erklärt, eine »strategische Reserve« fürs eigene Land aufzubauen und nur noch 35 000 Tonnen zu exportieren.

Chinas Monopolstellung rührt nicht daher, dass es anderswo auf der Welt keine Vorkommen gäbe. So selten sind Seltene Erden nicht. Größere Fundorte gibt es noch in den USA, in Russland, in Australien und in Indien. Doch Seltene Erden müssen in aufwendigen Verfahren von anderen Elementen getrennt werden. Mit den Dumpingpreisen des Niedriglohnlands China konnten die Konkurrenten nicht mithalten – sie stellten den Abbau ein. Inzwischen beginnt ein Umdenken. Auch in der Industrie. Für Siemens-Chef Peter Löscher zeigt das Problem Seltene Erden, dass es notwendig ist, »Produkte so zu entwickeln, dass sie umfassend wieder verwertbar sind«. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Krachmacher raus

ARBEIT UND GESUNDHEIT

An den meisten modernen Arbeitsplätzen stehen inzwischen Laserdrucker in den unterschiedlichsten Modellvarianten. Viele Geräte arbeiten heute zwar leiser, sind aber noch immer so laut, dass sie ein konzentriertes Arbeiten erschweren. Geräusche werden als unterschiedlich stark störend empfunden. Wenn mehrere Personen einen Drucker gemeinsam nutzen, sollte dieser deshalb in einem separaten Raum aufgestellt werden. Das ist weniger störend und aus ergonomischen Gründen eine wünschenswerte Unterbrechung für Dauersitzer. ■

Foto: Panthermedia.net

Laserdrucker: Immer schneller, aber längst nicht leiser.

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Foto: Carmen Jaspersen

Azubis mit Behinderung ganz normal ausbilden: Hendrik Münke (links) und Serdal Kirici in der Ausbildungswerkstatt von Mercedes in Bremen.

Behinderung kein Hindernis

DA GEHT WAS

Behinderte Jugendliche in einer betrieblichen Ausbildung: Das klappt, wenn Betriebe auf die Jugendlichen zugehen und öffentliche Fördermöglichkeiten nutzen. Das zeigt das Projekt »Ausbildung ohne Barrieren« in fünf Autobetrieben.

Hendrik Münke macht eine Ausbildung als Metallwerker bei Mercedes-Benz in Bremen. Er hat eine Lernbehinderung. Doch die fällt mittlerweile kaum noch auf. »Ich habe noch Konzentrationsschwierigkeiten«, sagt Hendrik. »Doch mit Nachhilfeunterricht und etwas mehr Aufmerksamkeit von meiner Ausbilderin klappt das.«

Hendrik ist nicht allein: Mercedes Bremen geht auf Jugendliche mit Behinderung zu. Schwerbehindertenvertreter Alfons Adam wirbt gezielt an Förderschulen. Jedes Jahr fangen etwa zehn lernbehinderte Azubis hier an. Dazu kommen Azubis mit Schwerbehinderung. Sechs sind derzeit in der Ausbildungswerkstatt. Sie lernen gemeinsam mit nicht-behinderten Azubis. Der gehörlose Metallbearbeiter Anton Gerk war 2008 sogar Jahrgangsbester. Wie die anderen bekam er eine feste Stelle. Es geht. Mit Engagement und Hilfe der Ämter, die Gebärdensprachdolmetscher und Assistenten stellen.

Das geht auch anderswo, sagte sich Adam. Mit seinen Kollegen im IG Metall-Arbeitskreis der Schwerbehindertenvertretungen der Autoindustrie initiierte er das Projekt »Ausbildung ohne Barrieren«, begleitet von der Universität Köln.

Barrieren überwinden. Fünf Auto- und Zulieferbetriebe machten mit: Mercedes in Bremen und Gaggenau, Rheinmetall in Kassel, Kolbenschmidt Pierburg in Neckarsulm und Autoteile Hess in Köln.

»Anfangs gab es viele Vorbehalte: Bei uns klappt das nicht, die Arbeit ist zu hart, das ist zu teuer und so weiter«, erzählt Mathilde Niehaus von der Uni Köln. Die Forscher haben eine Reihe solcher Barrieren herausgefunden und Lösungen erarbeitet: Es funktioniert, wenn Betriebe mit den Ämtern zusammenarbeiten und die vielen Fördermöglichkeiten nutzen. Und wenn sie aktiv auf Jugendliche mit Behinderung zugehen – in Stellenangeboten, über die Arbeitsagentur und über die Schulen.

15 behinderte Azubis wurden durch das Projekt zusätzlich eingestellt. Und mit Unterstützung waren sie bald ebenso leistungsfähig, wie die nicht-behinderten Azubis. Das haben auch die Unternehmen erkannt. Das Projekt ist jetzt beendet, doch alle bilden weiter aus.

Und das Projekt macht Schule: Bei der Abschlussveranstaltung Anfang Dezember in Bremen sind viele interessierte Vertreter anderer Betriebe dabei. »Die Geschäftsleitung ist nicht abgeneigt. Und nun haben wir die guten Ergebnisse des Projekts«, sagt Bernd Lösche, Betriebsrat bei Opel in Eisenach. »Wir wollen im Sommer zwei gehörlose Azubis einstellen.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

WISSEN

Teilhabe von behinderten Menschen ist Menschenrecht

Seit 2008 ist die Inklusion behinderter Menschen UN-Recht. Inklusion heißt: gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe statt Absonderung in Förderschulen und Behindertenwerkstätten. Genau das war das Ziel des Projekts »Ausbildung ohne Barrieren«.

www.igmetall.de/ausbildung-ohne-barrieren

Pause für die Augen

TIPP FÜR DEN JOB

Arbeit am Bildschirm beansprucht die Augen einseitig und kann zu Beschwerden führen. Durch Prävention bleiben die Augen fit, gesund und leistungsfähig.

Cartoon: Stephan Rürup

Nicht nur im Büro sitzen viele Beschäftigte lange vor dem Bildschirm. Auch zu Hause geht es weiter mit Mailen, Internetsurfen und Computerspielen. Die dauerhafte Überbeanspruchung der Augen hat Folgen. Die Augen brennen und tränen, die Konzentration lässt nach.

Bewegung ist alles. Fakt ist, dass stundenlanges Starren auf den Computerbildschirm den Augen Höchstleistung abverlangt. Man schaut auf eine zweidimensionale Fläche, das Auge ist aber für dreidimensionales Sehen gemacht. Bei konzentrierter Bildschirmarbeit verringert sich der Lidschlag pro Minute. Kleine Augenfehler, die sonst nicht weiter tragisch sind, können sich durch Computerarbeit verstärken. Mit Pausen und Augentraining kann man Problemen jedoch vorbeugen.

Dabei gilt das Prinzip »Bewegung ist alles«. Augenentspannung im Büro geht so: Bewusst blinzeln. Die Augenlider einige Mal locker auf und zu machen. Die geschlossenen Augen zwei bis drei Minuten mit den Händen bedecken. Dunkelheit und Wärme tun den Augen gut.

Das Nah-Fern-Sehen trainieren: Mit Blick zum Fenster einen Stift in die Hand nehmen. Erst den Stift fokussieren. Dann auf einen Gegenstand in der Ferne schauen und dort verweilen. Den Wechsel von nah und fern mehrfach wiederholen. Weitere Checkliste: Wird der Arbeitsplatz gut ausgeleuchtet? Ist der Bildschirm geeignet, stimmt der Abstand zum Monitor? ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

TIPP

Selbst aktiv werden

Beschäftigte sollten prüfen lassen: Ist der Arbeitsplatz ergonomisch gestaltet, gibt es Augenuntersuchungen im Betrieb? Mehr dazu unter:
www.ergo-online.de
→Suche: Augen und Bildschirmarbeit

Mehr Rechte bei Pfleiderer

BLICK AUF DIE WELT

Für die Beschäftigten von Pfleiderer gelten jetzt weltweit Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen.

Alle Beschäftigten des Holzwerkstoffproduzenten Pfleiderer und dessen Zulieferbetriebe haben ab sofort mehr Rechte: Sie haben Anspruch auf angemessene Bezahlung, gesunde Arbeitsbedingungen, sozialverträgliche Arbeitszeiten sowie das Recht, sich Gewerkschaften anzuschließen und Betriebsräte zu gründen. Grundlage ist die Internationale Rahmenvereinbarung, die von Unternehmensleitung, Europäischem Betriebsrat und IG Metall Anfang Dezember unterzeichnet wurde. Die Standards verbieten auch Diskriminierung und Kinderarbeit. Pfleiderer beschäftigt weltweit 5600 Mitarbeiter an 22 Standorten.

IN KÜRZE

Jung, arbeitslos: Was tun?

Für Jugendliche, die nach der Ausbildung nicht übernommen werden, und alle, die zum ersten Mal arbeitslos werden, gibt es eine neue Broschüre der IG Metall – mit vielen Tipps zum Geld und zum Umgang mit der Arbeitsagentur. Mitglieder können sie im Internet lesen oder herunterladen:
www.igmetall.de/junge-arbeitslos

Fritz Strothmann ist tot

Am 29. Dezember wäre er 103 Jahre alt geworden: Fritz Strothmann, von 1953 bis 1973 Geschäftsführendes IG Metall-Vorstandsmitglied, ist Ende Oktober verstorben. Strothmann trat bereits 1924 als 17-Jähriger in die IG Metall-Vorgängerorganisation, den Deutschen Metallarbeiterverband, ein und war als Jugendvertreter aktiv. Während der Nazidiktatur wurde er mehrfach verhaftet und überlebte viele Jahre Konzentrationslager. Nach dem Krieg war Strothmann maßgeblich am Neuaufbau der IG Metall beteiligt. 1948 wurde er zum Ersten Bevollmächtigten der IG Metall in Mülheim an der Ruhr gewählt. Im Vorstand der IG Metall war er dann für Vertrauensleute und Betriebsräte zuständig. Zuletzt lebte Strothmann in Frankfurt am Main.

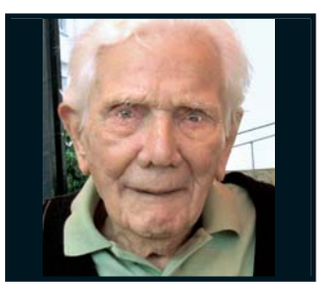


Foto: Privat

102 Jahre, 86 Jahre IG Metall, 20 Jahre Vorstand: Fritz Strothmann.

DIE VERSTECKTE GEFAHR

Erst krank, dann arbeitslos: Der 44-jährige Bochumer Manfred Fabian war Schichtführer bei der Recyclingfirma Envio in Dortmund. Er zerlegte und reinigte mit seinen Kollegen Trafos, die mit PCB verseucht waren. Bis die Aufsichtsbehörde den Betrieb dicht machte. Jetzt kämpft er um Schadensersatz.

Fotos: Thomas Range

Haut kaputt: Seit einem Jahr quält sich Manfred Fabian mit Hautproblemen am Bein herum. Als er zum Arzt ging und sich untersuchen ließ, stellte sich heraus: Er hatte erhöhte PCB-Werte im Blut. Damit brachte er einen Stein ins Rollen. Die Firma, in der er arbeitete, wurde endlich genau untersucht. Sie hat jahrelang die Arbeiter und Umwelt mit giftigen Chemikalien verseucht.

Weil sie Menschen und Umwelt mit PCB vergiftet hat, sorgt die Recyclingfirma Envio seit Monaten für Schlagzeilen. Doch im Schatten dieses größten Umweltskandals der letzten Jahre spielen sich unendlich viele Tragödien ab. Die ganze Arbeitswelt ist immer noch voller Stoffe, an denen Menschen erkranken – und sterben. Oft schlummern sie im Verborgenen und die Arbeitnehmer ahnen nicht, welchen Gefahren sie ausgesetzt sind.

VON SYLVIA KOPPELBERG

Es war die Haut, die schmerzhaft das Signal an Manfred Fabian aussandte, dass etwas in seinem Betrieb nicht stimmte. Am linken Schienbein war sie gerötet, rissig und brannte. Der 44-Jährige ging zu Ärzten, ließ sein Blut im Labor untersuchen. Der Befund: überhöhte PCB-Werte. Wenig später kam für den Betrieb das Aus. Mehr als 40 Menschen verloren ihre Jobs.

2007 hatte Fabian als Schichtführer bei der Entsorgungsfirma Envio Recycling angeheuert. Die Firma im Dortmunder Hafen war darauf spezialisiert, Transformatoren auseinanderzunehmen und die Kupfer- und Blechteile wiederzuverwerten. Pro Schicht waren etwa neun Männer mit Zerlegen und Reinigen beschäftigt. Doch die Trafos hatten es in sich: Sie waren mit polychlorierten Biphenylen, kurz PCB, belastet. Wie so oft, wenn Arbeiten besonders schmutzig und gesundheitsschädlich sind, waren bis auf die Schichtführer alle Leiharbeitnehmer.

PCB gehört zu dem »dreckigen Dutzend«, zwölf Gefahrstoffen, die 2001 durch die Stockholmer Konvention verboten wurden. Der Stoff kann zu Chlorakne, Leberschäden und sogar Krebs führen. Schon 2008 waren auf dem Firmengelände und in den benachbarten Kleingärten erhöhte PCB-Werte festgestellt worden. Doch erst im Mai 2010 reagierte die Aufsichtsbehörde und machte den Betrieb dicht.

Leidtragende sind nicht nur die ehemaligen Envio-Beschäftigten. Auf dem Gelände haben rund 800 Menschen gearbeitet oder tun das noch immer. Hunderte wurden untersucht. In einigen Fällen fanden sich im Blut PCB-Konzentrationen, die bis zu 25 000 mal höher sind als die Normalwerte in der Bevölkerung. Weil Arbeiter das PCB in ihrer Kleidung mit nach Hause brachten, hatten auch Frauen und Kinder erhöhte Werte. Mehrere Wohnungen mussten komplett saniert werden.

Ein Ende des Dramas ist nicht in Sicht. Die Kleingärtner sollen ihr Gemüse noch nicht essen, Angler ihre Köder nicht im Hafen auswerfen. Das Firmengelände und die Hallen sind immer noch nicht richtig saniert. Dabei ist die Firma fein raus: Dank Insolvenz kann sie die Millionenkosten auf die Steuerzahler abwälzen. Immerhin: Gegen den Vorstandschef der Envio AG, der zum Ärger der verbliebenen Beschäftigten immer noch mit seinem Jaguar durch das Gelände tourt, läuft ein Ermittlungsverfahren.

PCB ist nicht der einzige Stoff, der Menschen krank macht. Es gibt viele und sie sind überall: In Autowerkstätten, Schreinereien, Textilfirmen, Gießereien und sogar in der Ökobranche Windenergie. Das Heimtückische ist, dass ihre Gefährlichkeit nicht sichtbar ist.

Tatort Werkstatt. Seit Jahren kämpft der 34-jährge Automechaniker Stefan L. aus Kassel dafür, dass die Berufsgenossenschaft seine Berufskrankheit anerkennt. In der Werkstatt litt er unter Müdigkeit, Konzentrationsstörungen, Kopfschmerzen, Übelkeit und Atemnot. Die Symptome wurden immer schlimmer, bis er nicht mehr arbeiten konnte. In Verdacht gerieten Schutzlacke, Sprays und weißes Sprühfett. »In Autowerkstätten gibt es besonders viele Gefahrstoffe – und oft auch einen besonders sorglosen Umgang damit«, hat Heinz Fritsche, Arbeitsschutzexperte der IG Metall, beobachtet.

Fortsetzung auf Seite 20 ▸▸▸

Foto: Thomas Range

Gift unterm Zeltdach: Weil Envio lange blockiert hat, sind die verseuchten Böden und Hallen im Dortmunder Hafengelände immer noch nicht richtig saniert. Obwohl dort nach wie vor Hunderte Menschen arbeiten. Kontaminierte Teile standen noch vor Weihnachten in einem großen Zelt auf dem Gelände.

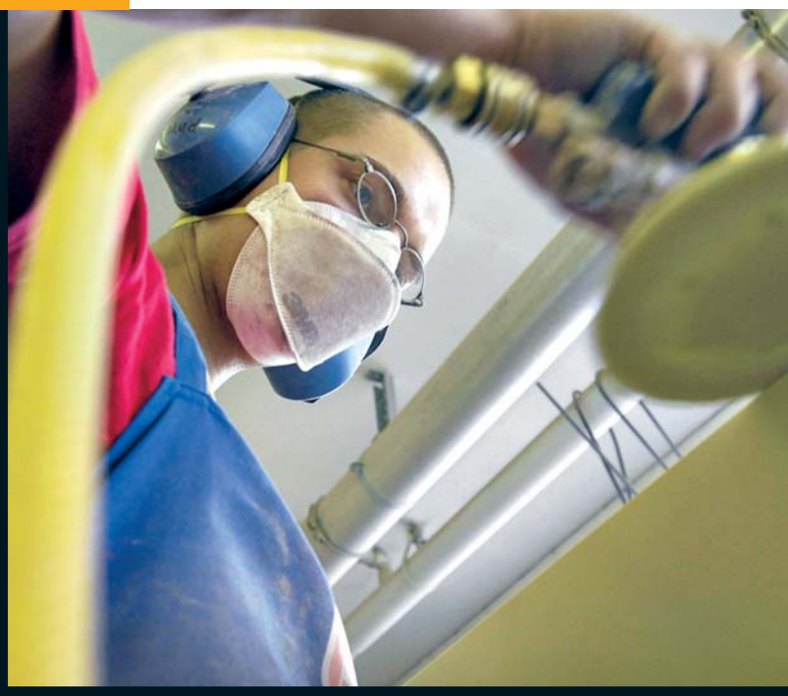


Foto: imagebroker/vario-images.com

Gesundheitsschutz nicht schleifen lassen: Möbelbauer und Schreiner brauchen Atemschutzmasken, wenn sie schleifen, sägen, fräsen oder bohren. Wenn sie sich nicht vor den feinen Hartholzstäuben schützen, riskieren sie Nasenschleimhautkrebs.

▸▸▸ *Fortsetzung von Seite 19*

Immer noch ein großes Problem sind auch Lösemittel. Sie können zu Demenz und Krebs führen. Sie sind überall, wo geklebt, lackiert, entfettet oder gereinigt oder Kunststoff geschäumt wird. In Metallbetrieben, in denen gedreht und geschweißt wird, können sie durch Erhitzen Dioxine freisetzen. Es gibt zwar Ersatzstoffe, aber, so Fritsche, »die schädlichen werden immer noch unbedacht eingesetzt«.

Ein weiterer Übeltäter ist PVC. Es ist in Kabelhüllen, kommt als Werkstoff im Waggonbau und bei Rotorblättern für Windkraftwerke zum Einsatz. Der PVC-Bestandteil Vinylchlorid ist krebserregend. Trotzdem nimmt die Produktion von PVC weltweit zu. Auch Asbest ist immer noch da. Der Verursacher von Lungentumoren ist zwar längst verboten, aber das tödliche Gift schlummert noch vielerorts im Verborgenen, zum Beispiel in alten Kabelschächten. Und es kommt auch heute noch ganz legal ins Land, zum Beispiel in Dichtungsringen und Thermoskannen aus China, wo Asbest noch erlaubt ist.

Gefährlicher Staub. In Textil- und Holzbetrieben gehört Formaldehyd zu den besonders häufigen Gefahrstoffen. Es kann Allergien und Lungenödeme auslösen und bei Menschen, die ihm ständig ausgesetzt sind, auch zu Krebs führen. Schreiner und Möbelbauer riskieren außerdem Nasenschleimhautkrebs, wenn sie ohne Schutzmasken sägen, fräsen, bohren oder schleifen. Schuld sind die feinen Hartholzstäube, die sie einatmen. Auch Schweißer, die ohne Atemschutz arbeiten, sind gefährdet. Durch Schweißrauch. Die winzigen Metallteile gelangen in die Lunge. Sie können Atemnot und auch Krebs verursachen.

Ein besonderes Sorgenkind sind für Arbeitsschützer Quarzfeinstäube in Gießereien. Eingeatmet können sie zu chronischer Bronchitis, Staublunge und Lungentumoren führen. »Sie entwickeln sich vielleicht zu einem noch größerem Problem als früher Asbest«, befürchtet Daimler-Betriebsrat Perry Braun. Erkrankungen durch Quarzfeinstaub gehören zu den vier häufigsten anerkannten Berufskrankheiten. Der Staub entsteht, wenn die Gussformen aus Quarzsand zerschlagen werden.

»Warum musste es bei Envio soweit kommen? Warum hat es so lange gedauert, den Verursacher zu finden«, fragt eine Angestellte, die in der Nähe von Envio arbeitet. Aus Sicht des IG Metall-Experten Fritsche kommt das nicht von ungefähr. »Kontrolleure sind eine aussterbende Art.« Seit Jahren wird das Personal in den Arbeitsschutzbehörden abgebaut. In Nordrhein-Westfalen kommt auf knapp 20 000 gewerbliche Arbeitnehmer ein Überwacher. In den anderen Bundesländern sieht es nicht besser aus. Das ist politisch gewollt. Die Firmen sollen nicht durch »Bürokratie« gehemmt werden. Das Ergebnis ist bei Envio zu sehen.

Der Erste Bevollmächtige der IG Metall in Dortmund, Hans-Jürgen Meier, hat sich bei Envio sehr engagiert. Die IG Metall bot den Betroffenen auch Rechtsschutz an. Für Meier kommt bei Envio alles zusammen, was »systematische Verstöße beim Arbeitsschutz begüns-

Pfad durch den Kühlschmierstoff-Dschungel

Obwohl schon viele Kühlschmierstoffe durch unschädlichere Ersatzstoffe ausgetauscht wurden, gibt es immer noch einige, die giftige Bestandteile und Allergieauslöser enthalten. Über unbedenkliche Stoffe informiert eine Liste, die die IG Metall mit erarbeitet hat und die regelmäßig aktualisiert wird. Sie steht auf der Internetseite der IG Metall unter:
www.igmetall.de → Suchwort: Liste Kühlschmierstoffe

Tickende Zeitbombe Quarzsand: In Gießereien gefährden Feinstäube aus Quarzsand die Gesundheit der Beschäftigten. Sie können zu chronischer Bronchitis, Staublunge und Lungentumoren führen. Erkrankungen wegen Quarzfeinstäuben gehören zu den vier häufigsten anerkannten Berufskrankheiten.

Foto: Norbert Fellechner/Action Press

Nicht alles öko in der Windenergie: Mit Epoxidharzen werden die Teile bei den Rotorblättern verbunden. Die Harze können Verätzungen und Augenschäden auslösen. Auch PVC kommt bei Rotorblättern zum Einsatz. Ihr Bestandteil Vinylchlorid gilt als krebserregend.

Foto: Martin Schutt/dpa/pa

Die Giftcocktails in den Betrieben

Auswahl der häufigsten gefährlichen Stoffe und Stäube:

- **PCB:** in Trafos, Reifen, Haushaltsgeräten, Lacken, Dichtungen, Kunststoffprodukten. Kann Chlorakne, Leberschäden oder Krebs verursachen.
- **PVC:** in Kabeln, Schalterdosen, Kinderspielzeug, Werkstoffen, etwa im Waggonbau. Krebserregend.
- **Formaldehyd:** in Textilien, Spanplatten, Bodenbelägen, Möbeln, Kunststoffen. Kann zu Allergien oder Lungenödemen führen, auf Dauer krebserregend.
- **Hartholzstäube:** in Holzbetrieben. Können Nasenkarzinome erzeugen.
- **Quarzfeinstäube:** in Gießereien. Können Lungentumoren erzeugen.
- **Lösemittel:** überall, wo geklebt, lackiert, entfettet, gereinigt, Kunststoff geschäumt wird. Können zu Demenz oder Krebs führen.
- **Schweißrauch:** in Metallbetrieben. Feine Metallteile, die in die Lunge geraten, können Krebs hervorrufen.

Übrigens: Seit Dezember 2010 gibt es neue (internationale) Gefahrstoffzeichen. Die bisherigen deutschen Symbole dürfen nur noch bis Juni 2015 verwendet werden.

Foto: fmz

»Viele Leiharbeitnehmer, kein Betriebsrat und keine Kontrollen – unter solchen Bedingungen gedeihen Verstöße gegen den Arbeitsschutz.«
Hans-Jürgen Meier, IG Metall-Geschäftsführer in Dortmund

tigt«: Wenig echte Kontrollen durch die Behörden. Kein Betriebsrat. Ständig wechselnde Leiharbeitnehmer, die die »Dreckarbeit« machen.

Meier hat mit anderen Gewerkschaftern ein Forderungspaket geschnürt. Er will mehr Personal bei der Arbeitsschutzaufsicht. Betriebe, die mit sehr gefährlichen Chemikalien arbeiten, sollen unter besondere Beobachtung gestellt und Firmen ohne Betriebsräte noch häufiger kontrolliert werden. Bei allem, was im Arbeitsschutz dringend zu verbessern ist, müsse ein Hauptaugenmerk auf die Leiharbeit gelegt werden.

Damit Fälle wie Envio nicht mehr passieren. Deren ehemaligen Beschäftigte haben noch lange unter den Folgen zu leiden. Manfred Fabians Bein ist noch nicht geheilt. Die seelischen Wunden sind es noch viel weniger. Mithilfe der IG Metall klagt er auf Schmerzensgeld. Einer der Zeitarbeiter ist inzwischen in einer psychiatrischen Klinik. Fabian sagt: »Er kam mit der ganzen Situation nicht klar«. ■

Wo erhalten IG Metall-Mitglieder Auskunft?

Informationen bei Verdacht auf gesundheitsschädliche Stoffe:

- **Im Betrieb:** Erster Ansprechpartner ist der Betriebsrat. Wo es keinen gibt, Sicherheitsfachkraft oder Betriebsarzt.
- **Außerhalb:** Der Hausarzt. Auch die IG Metall hilft weiter. Adresse unter ▶ **www.igmetall.de** →IG Metall vor Ort. Und die Experten beim IG Metall-Vorstand: Heinz.Fritsche@igmetall.de und Petra.Mueller-Knoess@igmetall.de

Gefahrstoff-Telefone

haben fast alle Berufsgenossenschaften. Für den Maschinenbau und die Metallindustrie gibt es Hilfe unter der Nummer:

0211–8 22 43 33

Als Mensch fühlen

ZU BESUCH BEI MUSTAFA ÇÖZMEZ

Der türkischstämmige Schlosser Mustafa Çözmez ist Betriebsrat bei Ford in Köln und Mitglied des Aufsichtsrats. Sein Platz: Halle Y, bei den Beschäftigten in der Fiesta-Montage. Sein Motto: Nicht Türken oder Deutsche sein, sondern Menschen, die Vielfalt als Stärke sehen.

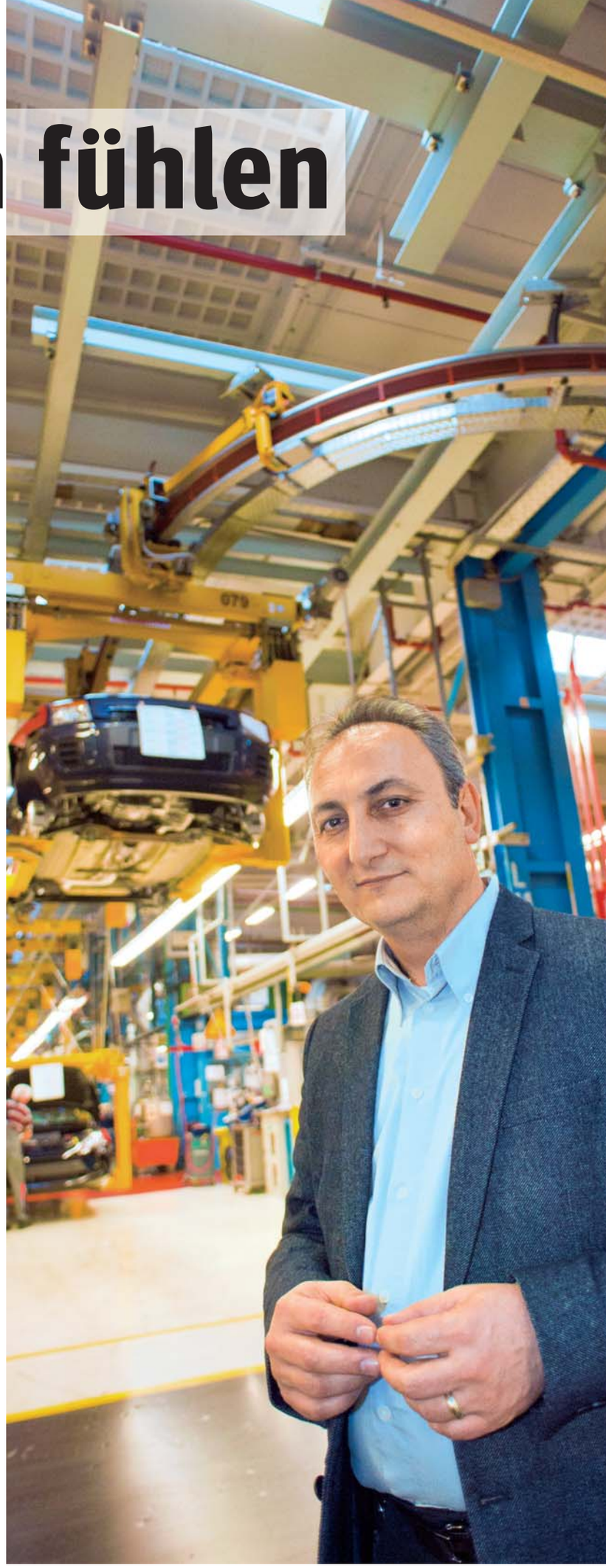
Alle grüßen. Und ständig will jemand was von ihm, in Halle Y bei Ford in Köln-Niehl. Betriebsrat Mustafa Çözmez hört zu. Über uns schweben halbfertige Fiestas an Deckenschienen durch die riesige Halle. »Nicht lachen!«, flachst der 47-Jährige zwei Blaumännern an, die ihm grinsend beim metallzeitung-Fotoshooting zusehen. »Nur zwei Minuten«, raunt ein junger Mann. Er ist Leihbeschäftigter, sagt er, und dass der Betriebsrat schon viel für ihn und die anderen getan hat. Als er mit Çözmez spricht, wechselt er von akzentfreiem Deutsch ins Türkische. Im Werk arbeiten viele Türkischstämmige. »Normalerweise sprechen wir Deutsch, sobald ein Nicht-Türke dabei ist«, erklärt Çözmez beim Gehen. »Wir Türken im Betriebsrat immer. Wir sind von allen 52 Nationen hier gewählt – und für alle da.«

Immer lernen. Çözmez ist Metaller, Betriebsrat und Aufsichtsrat bei Ford. Er berät Kollegen, leitet Versammlungen und verhandelt mit Managern. Als Migrations-Experte spricht er auf Veranstaltungen, in Presse und Fernsehen und schreibt. »Migration«, sagt er, »ist eigentlich nicht das Thema. Probleme, etwa von Jugendlichen, sind sozial bedingt. Nicht ausländisch oder deutsch.«

Als Çözmez vor 30 Jahren als 17-Jähriger nach Deutschland kam, sprach er kein Wort Deutsch. Er lernt die Sprache innerhalb eines Jahres an einer Privatschule, macht eine Schlosserlehre und bewirbt sich bei Ford. Ab 1985 arbeitet er dort in der Schmiede und im Druckguss in Schichtarbeit.

In der IG Metall ist er seit dem ersten Tag bei Ford. »Zunächst konnte ich wenig damit anfangen, ich hatte ja keine Ahnung«, erzählt er. Doch eines Tages baten ihn türkische Kollegen, bei einem Konflikt zu übersetzen und zu vermitteln. Es ging um Arbeitshandschuhe, die der Meister verweigerte. Und da der Meister bockte, ging Çözmez zum Betriebsrat. Und da er hartnäckig war und sich geschickt anstellte, sagte der Betriebsrat: »Willst du nicht als IG Metall-Vertrauensmann in deiner Abteilung kandidieren?«. Und Çözmez wurde gewählt, ein paar Jahre später dann in den Betriebsrat – und vor zehn Jahren schließlich in den Aufsichtsrat. »Eine ganz neue Welt«, erzählt der Metaller. »Aber so war das eigentlich immer: Ich musste mich ständig in etwas Neues hereinarbeiten, von der deutschen Sprache bis hin zur Aufsichtsratspolitik. Aber das sind wir den Kollegen auch schuldig: Dass wir ständig dazulernen.«

Mensch sein. Trotz Aufsichtsrat, Terminen und vielen Themen läuft er immer noch täglich durch die Halle Y und kümmert sich um Dinge wie »Arbeitshandschuhe«. Und jeden Tag trifft er sich mit den Vertrauensleuten aus den einzelnen Bereichen und Schichten. Ohne ein gutes Team geht nichts. In seinem Büro hängen Urkunden der Deutschen Knochenmarkspenderdatei: eine



Mustafa Çözmez in der Fiesta-Produktion in Halle Y bei Ford Köln

für ihn und eine für die Beschäftigten der Halle Y. Als die kleine Tochter eines Kollegen an Leukämie erkrankte, organisierte Çözmez eine Spenderaktion. 800 Beschäftigte machten mit. Seitdem hat ihr Knochenmark schon einige Menschenleben gerettet.

Vielfalt leben. Menschlich sein steht für ihn über allem. Das heißt auch, die Andersartigkeit der Menschen zu respektieren. »Diese Kultur leben und pflegen wir. Die Vielfalt ist unsere Stärke.«

Aus diesem Verständnis heraus waren die Ford-Beschäftigten mit der IG Metall ganz vorn dabei, beim Bündnis »Köln stellt sich quer« gegen die Anti-Islamkampagne der rechten Gruppierung »Pro Köln« vor zwei Jahren. »Pro Köln« wollte gegen den Bau einer Moschee groß aufmarschieren. Nach intensiven Diskussionen im Betrieb liefen tausende »Fordianer« bei den Gegendemonstrationen vorneweg. Çözmez war einer der Drahtzieher der Aktion. »Unterschiede machen, wie es der braune Sumpf tut, ist nicht menschlich«, findet er. »Ich fühle mich als Mensch und Gewerkschafter, nicht als Deutscher oder Türke. Wenn wir geboren werden, fragt uns schließlich keiner, was wir werden wollen.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Foto: Jürgen Seidel

WISSEN

Migration und Integration
Hier findet Ihr mehr zu den Positionen der IG Metall:
www.igmetall.de/Migration

Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsräten
Sie werden von den Beschäftigten gewählt. Ihre Tantiemen führen sie an die Hans-Böckler-Stiftung ab:
www.boeckler.de

Anzeige

Bayern/Bad Füssing

Thermalbadelandschaft des Johannesbades

Vital-Urlaub typisch bayerisch

- Inkl. täglich Eintritt in die Johannesbad Therme
- Inkl. 2 x Eintritt in die Saunawelt
- Inkl. 3 x Massage u. Wassergymnastik

Bad Füssing ist der größte und beliebteste Kurort Europas und liegt im bayerischen Bäderdreieck. Der Ort bietet große Thermalbäder, Spielcasino, gute Einkaufsmöglichkeiten und vielfältige Unterhaltung.

Ihr Komfort-Aparthotel Jagdhof

Das komfortable Hotel liegt nur ca. 4 km vom Ortszentrum entfernt (kostenloser Buspendelverkehr) und der „Haslinger Hof" ist fußläufig erreichbar. Es bietet Gesellschaftsräume, 2 Tennisplätze und Kegelbahn.

Die großzügigen **Appartements** (ohne Kochgelegenheit, ca. 25 qm) sind mit Bad oder Dusche/WC, Telefon, TV, Kühlschrank, Terrasse oder Balkon ausgestattet. Der hauseigene Wohlfühlbereich bietet Hallenbad und Beauty- & Wellnessstudio „Vitalis".

Ihr Kur- und Vitalhotel Königshof

Das Hotel liegt nur wenige Gehminuten vom Kurpark entfernt und bietet Foyer, Gesellschaftsräume, Tagescafé und Abend-Bar.

Die **Zimmer** bieten Komfortdusche, WC, Haartrockner, Telefon, Radio, TV und Balkon. Der Gesundheits- und Vitalbereich des Hotels bietet Hallenbad, Saunabereich und Beauty- & Wellnessstudio „Vitalis" sowie Kur- und Behandlungsräume.

Die **Halbpension** in beiden Hotels besteht aus Frühstücks- und Abendbuffets inkl. Tischgetränken (Hausweine, Bier, Softdrinks und Wasser).
(Für beide Hotel gilt: Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilweise gegen Gebühr.)

Sie haben täglich freien Eintritt in die über **4.500 qm große Thermalbadelandschaft** des weltbekannten Johannesbades. Verteilt auf insgesamt 13 Becken mit unterschiedlichen Temperaturen und Heilfunktionen erwartet Sie eine Wasserlandschaft, die ihresgleichen sucht. Sie finden im Johannesbad u. a. Massagebäder, Gegenstrombad, Kneipptretbecken, Schwimmbecken, Hyperthermalbad sowie verschiedene weitere Thermal- und Schwefelgasbäder. 2 x pro Woche können Sie außerdem die ca. 800 qm große Saunawelt nutzen.

Ihr Komfort-Aparthotel Jagdhof

Ihr Kur- und Vitalhotel Königshof

Inklusivleistungen pro Person

- 7 Übernachtungen im App./DZ im gebuchten Hotel
- Halbpension wie beschrieben
- Ärztlicher Einführungsvortrag (in der 1. Woche)
- Täglich Eintritt ins Johannesbad
- 3 x Rückenmassage (je ca. 15 Min.)
- 3 x Wassergymnastik (Gruppe, je ca. 20 Min.)
- 2 x Eintritt in die Saunawelt des Johannesbades
- 2 x Eintritt ins Spielcasino von Bad Füssing
- Nutzung der Busse im Ort
- Teilnahme an ärztlichen Vorträgen und Kursen
- Teilnahme an allen Freizeitprogrammen des Johannesbades (z. B. Radtouren und Wanderungen, etc.)
- **DGB-Reisen Reiseleitung und Servicebüro vor Ort**
- Reisepreis-Sicherungsschein

Wunschleistungen pro Person

- Zuschlag EZ Komfort-Aparthotel Jagdhof 59,– €/Woche
- Zuschlag DZ zur Alleinnutzung Kur- und Vitalhotel Königshof 99,– €/Woche
- Wöchentlich garantierte Busan-/abreise inkl. 2 x Mittagessen und Getränk ab 119,– € (optional Haustürabholung, entfernungsabhängig ab 19,– €)

Termine u. Preise p. P. im DZ oder App. in € im gebuchten Hotel

Anreise: Sa. u. Mo.	8 Tage/7 Nächte	
Anreisezeiträume	Komfort-Aparthotel Jagdhof	Kur- und Vitalhotel Königshof
A 26.11. – 16.12.11	299,–	349,–
B 03.01. – 04.03.11	349,–	399,–
C 08.10. – 25.11.11	379,–	429,–
D 05.03. – 08.04.11	409,–	469,–
E 09.04. – 22.07.11	449,–	509,–
F 23.07. – 07.10.11	489,–	549,–
Buchungscode:	D94A02I	D94A01I
Kennziffer: 55571		

Verlängerung: Der erste Tag der Verlängerung bestimmt wie ein neuer Anreisetag den Preis. Der Preis der Verlängerungswoche reduziert sich um je 20,– € pro Person. **Zusätzliche Kosten pro Person/Tag (vor Ort zahlbar):** Kurtaxe von ca. 2,40 €.

Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten. Daraufhin wird eine Anzahlung von 30 % (mind. 25,– €) auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen.

Reisetelefon: 01805 – 990 002
(Festnetzpreis 0,14 €/Min., höchstens 0,42 €/Min. aus Mobilfunknetzen), Täglich von 8.00 – 22.00 Uhr

Reiseveranstalter: DGB-Reisen GmbH · 44137 Dortmund · www.dgb-reisen.de

DGB Reisen
Vertrauen seit 1961

Gewerkschaftsrecht Geltung verschafft

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Auf dem Papier haben Bosch-Beschäftigte in Malaysia das Recht auf eine Gewerkschaft. In der Praxis mussten sie darum kämpfen.

Ihr habt vor kurzem Bosch-Werke in Malaysia besucht. Was war der Grund?

Alfred Löckle: Mit von der Partie waren der Internationale Metallgewerkschaftsbund, IMB, und eine Vertreterin der zentralen Rechtsabteilung von Bosch. Es ging darum, vor Ort eine Lösung zu finden für einen seit zwölf Monaten anhaltenden Konflikt um die Anerkennung zweier Gewerkschaften in den dortigen Bosch-Werken.

Wo lag das Problem?

Löckle: Die Behörde hat die Gewerkschaft für nicht zuständig erklärt, obwohl in beiden Betrieben jeweils mehr als die Hälfte der Beschäftigten Mitglied in der Gewerkschaft sind. Die Werkleitung hatte sich hinter dem Behördenbescheid versteckt.

Hat Euch Eure Internationale Rahmenvereinbarung genutzt?

Löckle: Ohne Einschränkung, ja.

Wie konntet Ihr helfen?

Löckle: Unsere internationale Rahmenvereinbarung garantiert allen Boschlern das Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Zunächst mussten wir uns aber eingestehen, dass wirkungsvolle Hilfe nur möglich ist, wenn man sich mit den Traditionen, den politischen Verhältnissen und der Umgangskultur in den Betrieben vertraut macht. Wir haben vor Ort einen »runden Tisch« mit allen Beteiligten organisiert, was so bislang in Malaysia nicht üblich war. Klare Aufgabe war dabei, einen legalen Weg zu finden, der zur Anerkennung der Gewerkschaften führt, nicht zu deren Abwehr. Im direkten Gespräch wurden Lösungsansätze gefunden, die jetzt umgesetzt werden.

Wie sah die Lösung aus?

Löckle: In einem der beiden Betriebe fand eine geheime Wahl im Betrieb statt, bei der die Mehrheit der Beschäftigten für die Gewerkschaft abgestimmt hat. Die behördliche Anerkennung dürfte jetzt nur noch Formsache sein. Im zweiten Fall liegt die Sache etwas komplizierter, aber auch da wird jetzt von beiden Seiten nach einem Weg gesucht, der eine baldige rechtssichere Gewerkschaftsvertretung ermöglicht.

Geht es noch weiter?

Löckle: Die Sache ist noch nicht in trockenen Tüchern, aber auf einem guten Weg. Wir werden den Fortgang weiter flankieren. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Foto: Privat

Alfred Löckle, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats bei Bosch, half in Malaysia weiter.

Mit dem Tarif Vorkasse will Philipp Rösler Kassenpatienten ein Privatpatienten-Gefühl geben. Aber Achtung: Diese Wahl wird teuer.

Vorsicht Vorkasse

GUTER RAT

Mehr Freiheit verspricht FDP-Gesundheitsminister Rösler Patienten. Doch Vorsicht: Wer beim Arztbesuch Vorkasse wählt, muss für diese Freiheit teuer bezahlen.

Dieses Päckchen hatte Philipp Rösler in letzter Sekunde auf den Gabentisch seiner Gesundheitsreform geschoben. Verpackt als Kleinigkeit jubelte der liberale Gesundheitsminister den Versicherten der Gesetzlichen Krankenkassen die Wahl zwischen Vorkasse und Sachleistung unter.

Vorkasse ist das Prinzip der Privaten Krankenversicherung (PKV). Der Mensch geht zum Arzt, bekommt eine Rechnung, bezahlt und lässt sich die Kosten von der Versicherung erstatten. Die Gesetzliche Krankenversicherung funktioniert nach dem Prinzip Sachleistung. Der Mensch geht zum Arzt, und der Arzt bekommt sein Geld über die Kasse.

Nach Wunsch. Vom 1. Januar an können auch gesetzlich Versicherte eine Rechnung vom Arzt erhalten, wenn sie den Tarif Kostenerstattung wählen. Das ist nicht ganz neu, aber nun einfacher. Wer bislang das Prinzip Vorkasse wählte, war ein Jahr daran gebunden. Nun sind es nur

Illustration: Martina Hillemann

noch drei Monate. Bisher mussten Ärzte ihre Patienten über die Folgen dieser Entscheidung aufklären und sich dies von ihnen schriftlich bestätigen lassen. Diese Pflicht entfällt.

Die Wahlfreiheit entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als böse Falle. Bei Vorkasse rechnet der Arzt den höheren privaten Tarif ab und die Kasse erstattet nur den gesetzlichen. Nach den Erfahrungen der Kassen bleiben die Patienten auf fast zwei Dritteln ihrer Kosten sitzen. Gesetzlich Versicherte sollten sich das Rösler-Geschenk genau anschauen, bevor sie es auspacken. Gesundheitsexperten sehen darin vor allem eine Gabe an Ärzte und private Versicherer und raten Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen ab.

Der Minister dagegen versteht die Aufregung nicht. Die Entscheidung für oder gegen Vorkasse sei freiwillig. Laut Rösler schaffe das Prinzip mehr Transparenz und könne Kosten senken. Patienten sollen anhand der Rechnung selbst prüfen, welche Behandlung notwendig ist und welche nicht.

Eine Logik, über die Vertreter der gesetzlichen Kassen staunen. Gerade bei den privaten Kassen explodieren seit Jahren die Kosten – trotz (oder wegen?) der Vorkasse. Welche Behandlung bezahlt wird, handeln Experten der gesetzlichen Kassen, Ärzte und Krankenhäuser aus. Kassenvertreter bezweifeln, dass ein Patient mit akutem Blinddarm oder schmerzhafter Zahnwurzelentzündung abwägen kann, welche Behandlung die richtige ist. Da die medizinischen Kenntnisse vieler Menschen nicht sehr weit reichen, muss die große Mehrheit wohl auch in Zukunft darauf vertrauen, dass der Arzt die richtige Wahl trifft – Vorkasse hin oder her.

Nach oben offen. Mit der Reform ändert sich auch der Beitragssatz. Zum 1. Januar 2011 steigt er für Arbeitnehmer von 7,9 auf 8,2 Prozent, und für Arbeitgeber von 7 auf 7,3 Prozent. Dabei soll es in Zukunft bleiben. Kommt eine Kasse mit den Beiträgen nicht aus, müssen die Versicherten alleine das Loch mit einer Kopfpauschale stopfen. Dabei sind den Kassen nach oben keine Grenzen gesetzt. Wie hoch diese Pauschale klettert, hängt von den steigenden Kosten der Kasse ab.

Zwar hat die Bundesregierung einen Sozialausgleich eingebaut, wenn die Pauschale zwei Prozent des beitragspflichtigen Einkommens übersteigt. Entscheidend ist dabei aber nicht, wie hoch die Pauschale der eigenen Kasse ist, sondern der Durchschnitt aller Kassen. Wer Pech hat, zahlt mehr als zwei Prozent, weil die Pauschale seiner Kasse über dem Durchschnitt liegt. Glückspilze könnten aber auch einen Ausgleich bekommen, obwohl sie selbst gar keine Pauschale zahlen.

Fazit: Die »Rösler-Geschenke« sind zwar vom Umtausch ausgeschlossen. Patienten müssen aber nicht jedes annehmen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

TIPPS

Die gute Nachricht

Die Gesundheitsreform bringt auch eine kleine Verbesserung: Hartz-IV-Empfänger müssen von 2011 an zumindest die Durchschnittspauschale nicht mehr zahlen. Dieses Geld bekommt die Kasse aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds. Übersteigt die Kopfpauschale einer Krankenkasse den Durchschnittsbeitrag, kann die Kasse entscheiden, ob Hartz-IV-Empfänger alles, was über dem Durchschnitt liegt, zahlen müssen oder nicht.

Einfach nachschlagen

Wer schon immer mal wissen wollte, was eine IGeL-Liste ist und wofür es eigentlich sogenannte Naturalrabatte gibt, findet mehr dazu im Lexikon der AOK.

Hier nachschlagen:
www.aok-bv.de/lexikon

IN KÜRZE

Jahresmeldung prüfen

Arbeitnehmer erhalten von ihrem Chef für jedes abgelaufene Kalenderjahr einen Nachweis, dass dieser die Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat. Man sollte immer prüfen, ob die Angaben wie die Beschäftigungsdauer, die Nationalität oder die Entgelthöhe stimmen. Letzteres ist wichtig, da sich die spätere Rente nach dem gemeldeten Entgelt berechnet. Fehler sind dem Arbeitgeber zu melden, der die Daten bei der Krankenkasse korrigieren lassen muss.

Foto: Armin Weigel/dpa/pa

Mit Facebook auf dem Laufenden

IG Metall bei Facebook

Bei Facebook kann man sich nicht nur mit seinen Freunden vernetzen, sondern auch mit der IG Metall. Es gibt ein zentrales Facebookprofil mit den neuesten Nachrichten. Und auch einige Verwaltungsstellen – zum Beispiel Stuttgart, Nürnberg und Ostoberfranken – sind bereits mit regionalen News in dem sozialen Netzwerk unterwegs.

Respekt statt Hass

Rassismus und Diskriminierung machen nicht vor Betriebstoren oder Berufsschultüren Halt. Deshalb müssen sich Gewerkschafter gegen Rassismus und Ausgrenzung stark machen. Egal, ob im Betrieb, in der Berufsschule oder in der Freizeit. Die IG Metall-Jugend hat dazu neue Flyer veröffentlicht. Herunterladen unter:
www.igmetall.de/antira-lexikon

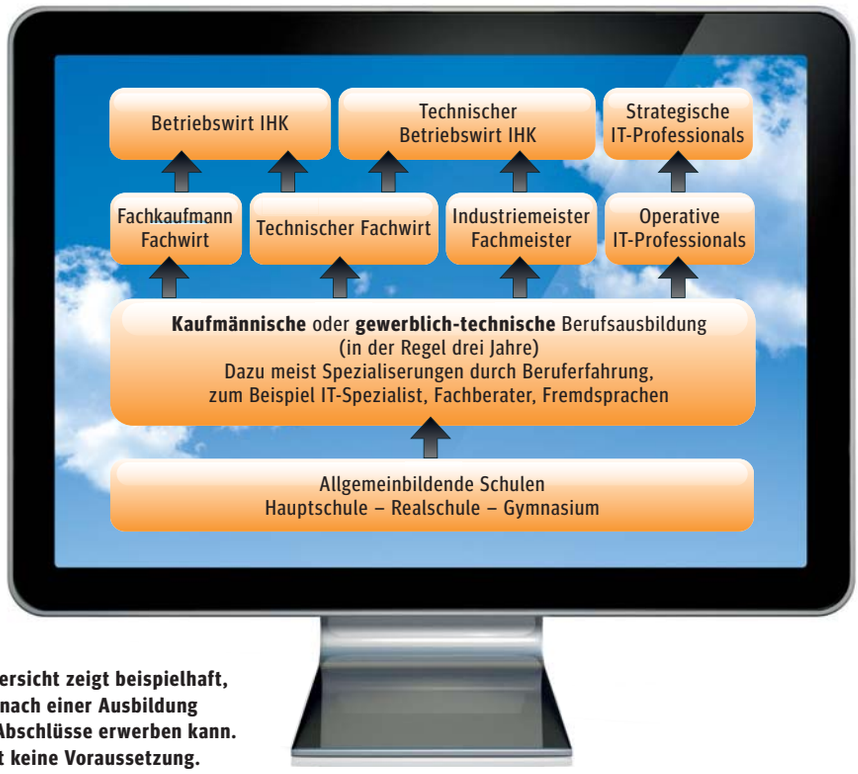


Foto: Panthermedia.net

Diese Übersicht zeigt beispielhaft, wie man nach einer Ausbildung weitere Abschlüsse erwerben kann. Abitur ist keine Voraussetzung.

Der Weg zum »Wirt«

AUFSTIEGS-FORTBILDUNG

Wer eine Berufsausbildung gemacht hat und sich noch einmal gezielt weiterbilden will, der sollte sich über die Aufstiegsfortbildungen informieren. Damit erreicht man eine gute Kombination aus Theorie und Praxiserfahrung.

Sich weiterentwickeln und sich neue Ziele setzen, das wollte Sabine Stoiber. Mit Mitte dreißig beschloss sie, noch einmal richtig Gas zu geben und sich auf die Prüfung zur Betriebswirtin vorzubereiten. Nach zweieinhalb Jahren Fortbildungen steht die gelernte Kauffrau im Holzeinzelhandel nun kurz vor dem Ziel: Der Abschluss wird »Betriebswirtin« heißen.

Für diese hochwertigen Weiterbildungen macht sich die IG Metall stark. Viele Lehrpläne und Prüfverfahren hat sie mitentwickelt. Geprüft werden die Teilnehmer von den Industrie- und Handelskammern. Egal, wo man die Lehrgänge besucht, die bundesweit einheitliche Prüfungsordnung sorgt für die gleichen Prüfinhalte sowie eine gleiche Qualität.

Für wen ist das was? Aufstiegsfortbildungen sind eine gute Möglichkeit für alle, die nach einer Ausbildung eine weitere Berufsbezeichnung anstreben und »aufsteigen« wollen. Das gilt für Industriekaufleute und Bürokaufleute gleichermaßen wie für Tischler und technische Berufe (siehe Grafik). Es gibt keine besonderen Voraussetzungen außer eine abgeschlossene Berufsausbildung. Berufserfahrung ist aber von Vorteil. Metaller Reinhard Böckl, Experte zum Thema, betont das als großen Vorteil: »Die Teilnehmer von Aufstiegsfortbildungen können hervorragend ihre Berufsausbildung und ihre Berufspraxis mit anspruchsvollem neuen Wissen verknüpfen. Damit sind sie für Führungsaufgaben im Unternehmen geradzu prädestiniert, weil sie die Kultur und die Prozesse im Unternehmen kennen.«

Auch Sabine Stoiber wird ihre neuen Kenntnisse im Unternehmen einbringen: Ihr Arbeitgeber unterstützt ihre Weiterbildung. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Orientierung über die Lehrgänge:
http://jobnavigator.org/
→Weiterbildung

Interview

Mehr lernen & Vorbild sein

Sabine Stoiber erzählt, warum sie eine Aufstiegsfortbildung zur Betriebswirtin macht.

Was hat Dich an der Weiterbildung gereizt?
Sabine Stoiber: Ich bin seit zwanzig Jahren im Job und meine Kinder sind aus dem Gröbsten raus. Ich Beruf war ich »ausgelernt«, ich hatte den Ehrgeiz, noch mehr zu erreichen, vielleicht auch finanziell.

Was wird sich ändern, wenn Du den Betriebswirt-Abschluss in der Tasche hast?
Stoiber: Ich hoffe, dass ich damit meine Position in der Firma stärken und auf lange Sicht ausbauen kann. Außerdem bin dabei, mir ein zweites Standbein aufzubauen: als Dozentin für Finanzierung und Personal.

Welche Eigenschaften braucht man, um eine so große Weiterbildung zu schaffen?
Stoiber: Man muss das Ziel vor Augen haben, es also wirklich erreichen wollen. Dazu braucht man Fleiß und Durchhaltevermögen, denn geschenkt wird einem nichts. Und der Rückhalt der Familie ist wichtig. Aber gerade für sie will ich auch ein Vorbild sein. Meine Kinder sollen merken, dass Weiterkommen zufrieden macht.

Foto: Privat

Sabine Stoiber nutzt die Chance, sich weiterzuentwickeln.

Per Tarif sicher zum Meister

WEITER-BILDUNG | **Bei den Stein-Autohäusern können sich Auslerner im Job zum Techniker oder Meister weiterbilden. Mit Jobsicherheit, dank IG Metall-Tarif. Das geht bald in immer mehr Betrieben.**

Fotos: Jürgen Seidel

Dominic Braun bei Stein in Gummersbach: bald Meister, mit sicherem Job.

Dominic Braun, 22, hat eine Zukunft: Nach seiner Ausbildung als Kfz-Mechatroniker beim Autohaus Stein in Gummersbach ist er übernommen worden. Und es geht sicher weiter: Nach zwei Jahren im Betrieb wird Dominic ein Jahr lang die Meisterschule besuchen – und dann zu Stein zurückkehren. Garantiert. Dank eines Tarifvertrags, den die IG Metall mit Stein ausgehandelt hat.

»Das passt super für mich«, findet Dominic Braun. »Meine Freunde in anderen Betrieben, die den Meister machen wollen, müssen entweder die Doppelbelastung mit der Abendschule auf sich nehmen – oder kündigen.«

Genau das hatte der Gummersbacher IG Metall-Sekretär Werner Kusel auch bei den Freunden seines Sohnes erlebt. Vor etwa einem Jahr traten er und der Betriebsrat zu Verhandlungen an Stein heran. Heraus kam der Tarifvertrag »Zukunft in Bildung«. Techniker, Meister und sogar ein Studium sind nun bei Stein drin, bei zwei Dritteln des normalen Entgelts. Möglich war das, weil die IG Metall hier durch viele Mitglieder stark ist. Aber auch, weil der Arbeitgeber in die Zukunft denkt: »Ein Gewinn für beide Seiten«, betont Personalleiter Eike Popken. »In Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir Perspektiven bieten und Potenziale im Unternehmen nutzen statt immer Fachleute von außen zu suchen.«

Perspektive mit Tarif. Zukunft für junge Beschäftigte durch Weiterbildung – bei der Stein-Gruppe mit 280 Beschäftigten an fünf Standorten klappt das schon. Und nach und nach in immer mehr Betrieben. Im Frühjahr hatte die IG Metall in einigen Tarifgebieten ähnliche Regelungen für die Metallindustrie ausgehandelt: Übernahme nach der Ausbildung in Kombination mit Qualifizierung. Derzeit werden die Tarife in den Betrieben umgesetzt. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Büffeln für die Ausbildereignung

Zukünftige Ausbilder mit Migrationshintergrund können sich in speziellen Kursen auf die sogenannte Ausbildereignungsprüfung (AEVO) vorbereiten. Denn wer in Deutschland ausbilden will, muss berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse haben, deren Nachweis per Prüfung zu erbringen sind. Erst dann darf ein Ausbilder in spe seinen Azubis im Betrieb mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Erwartung an die ausgebildeten Fachkräfte ist hoch. Neue Formen der Arbeitsorganisation, eine stärkere Ausrichtung auf Arbeits- und Geschäftsprozesse heißt auch, dass man Jugendliche während ihrer Ausbildung beraten und begleiten muss. Im Rahmen des Programms »Jobstarter« bietet das Bundesministerium für Bildung und Forschung in 34 Städten Vorbereitungskurse speziell für Menschen mit Migrationshintergrund an. ■

Standorte und Kontaktpersonen:
www.jobstarter.de/kausa
→Ausbildereignungsprüfung

IN KÜRZE

Finanzquellen anzapfen

Mit der BAföG-Neuregelung startet im Sommersemester 2011 das Deutschlandstipendium. Es wird mit 300 Euro im Monat gefördert. Voraussetzung: Gute Noten und Leistungen der Studis sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Tipps und Rechenbeispiele gibt es auf der Internetseite der Verbraucherzentrale Sachsen unter:
www.verbraucherzentrale-sachsen.de

Das Bildungsprogramm 2011 jetzt runterladen und gleich anmelden.

Wissen. Macht. Zukunft.

Unter diesem Motto steht das Jugend-Bildungsprogramm 2011. Praxisnahe Seminare liefern das notwendige Handwerkszeug. Zudem bieten die Seminare in Schliersee und Sprockhövel die ideale Gelegenheit zum Netzwerken. Alle weiteren Informationen unter:
www.igmetall.de/bildung2011

Fit für die Karriere

Auch Hochqualifizierten fällt es oft schwer, ihre Kompetenzen optimal darzustellen. Das Online-Bewerbungstraining der Arbeitsagentur kann helfen. In fünf Modulen werden sämtliche Stationen einer Bewerbung behandelt. Das Angebot gibt es auch als Daisy-Buch für Sehbehinderte. Laut Stiftung Warentest ist es »lohnenswert«.
www.arbeitsagentur.de/karrieremachen

Karikatur: André Poloczek

1. Wofür steht der »Solidaritätsgedanke« der gesetzlichen Krankenversicherung?

FO – Der Beitrag richtet sich nach Beruf, Alter und Geschlecht.

MO – Mit dem Alter steigen die Beiträge, da auch die Zahl der notwendigen Behandlungen zunimmt.

TO – Wer erblich vorbelastet ist, zahlt mehr, da eine Vorbelastung oft auch eine Erkrankung auslöst.

SO – Je höher das Einkommen, desto höher der Beitrag.

2. Welche beiden Versicherungsbeiträge übernimmt die Bundesagentur für Arbeit bei Arbeitslosigkeit? (Zwei Antworten sind richtig.)

WI – Haftpflichtversicherungsbeiträge

LI – Krankenversicherungsbeiträge

FER – Lebensversicherungsbeiträge

DAR – Pflegeversicherungsbeiträge

3. Wo findet man das Sozialstaatsgebot?

IR – Artikel 1 – Grundgesetz

IT – Artikel 20 – Grundgesetz

IN – Paragraf 218 – Strafgesetzbuch

IF – Paragraf 313 – Abgabenordnung

4. Welche dieser vier Versicherungen ist kein Bestandteil der gesetzlichen Sozialversicherung?

ÄT – Berufsunfähigkeitsversicherung

ÄU – Arbeitslosenversicherung

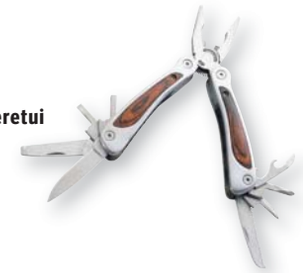
ÄL – Krankenversicherung

ÄD – Pflegeversicherung

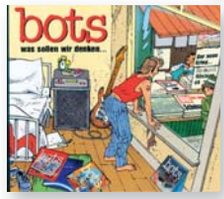
Die Preise im Januar

1. Preis:
Ein Stereo-Ohrbügelhörer von Sennheiser »OMX 90 VC«

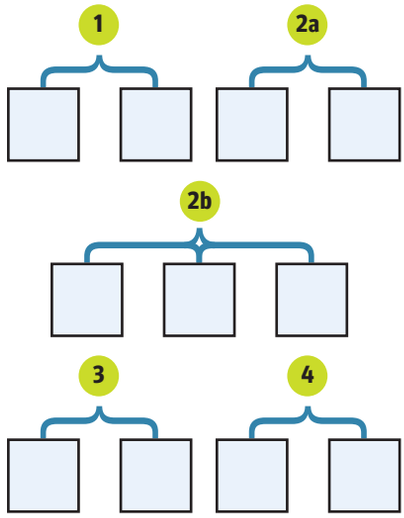
2. Preis:
Ein »Herbertz-Multitool« mit Bitsatz im Lederetui



3. Preis:
Eine Musik-CD von der Gruppe »Bots« mit dem Titel »Was Sollen Wir Denken«



Lösungswort



Die Lösungen ergeben in der richtigen Reihenfolge ein wichtiges Anliegen.

Bitte das Lösungswort bis zum 23. Januar 2011 unter Angabe von Vor- und Nachname sowie der Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: **raetsel@igmetall.de**

Foto: Panthermedia.net